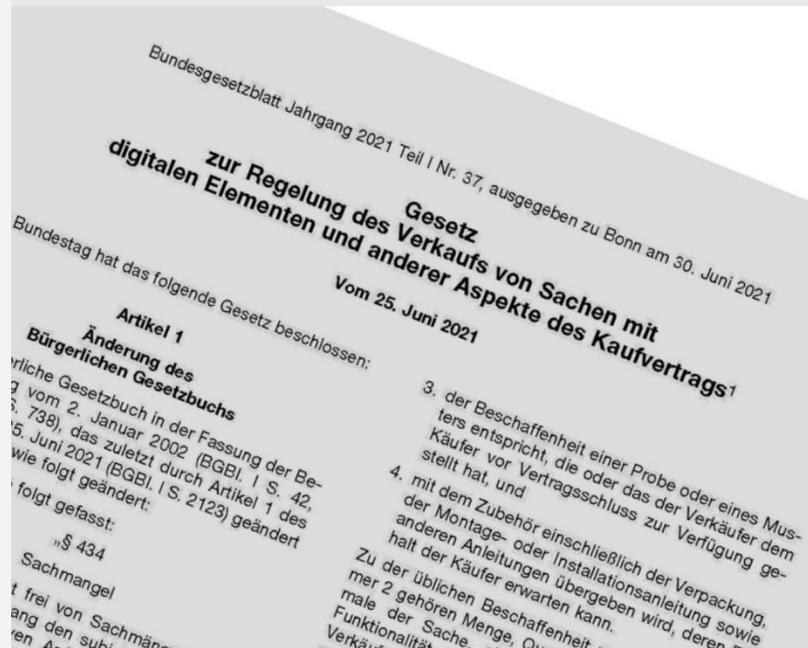




LUDWIG-
MAXIMILIANS-
UNIVERSITÄT
MÜNCHEN

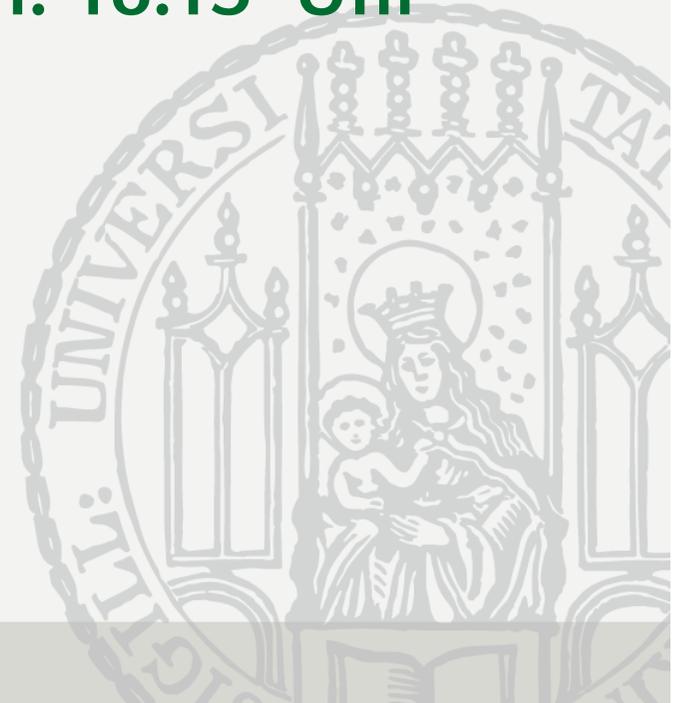
Prof. Dr. Stephan Lorenz

SONDERVERANSTALTUNG „NEUES KAUFRECHT“



Zoom-Webinar 9.12.2021

Beginn: 16:15 Uhr



Neuregelungen zum 1.1.2022

- ▶ **Umsetzung der EU-Warenkaufrichtlinie 2019/771 durch das „Gesetz zur Regelung des Verkaufs von Sachen mit digitalen Elementen und anderer Aspekte des Kaufvertrags“ vom 25.6.2021**
 - ▶ Die Warenkaufrichtlinie **ersetzt** die **Verbrauchsgüterkauf-RI. 1999**
 - ▶ **Vollharmonisierende** Richtlinie
 - ▶ UmsetzungsG in Kraft getreten am 1.7.2021
 - ▶ **Geltung ab 1.1.2022**
 - ▶ Änderungen betreffen weitestgehend das **Verbrauchsgüterkaufrecht** (§ 474 ff BGB)
 - ▶ Einführung eines Vertrags über „**Waren mit digitalen Elementen**“
 - ▶ Im Mittelpunkt steht eine „**update**“-**Pflicht** für digitale Elemente.
 - ▶ Viele **einzelne Änderungen** im Verbrauchsgüterkaufrecht!

Neuregelungen zum 1.1.2022

- ▶ **Umsetzung der EU-Richtlinie 2019/770 über digitale Inhalte durch das „Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie über bestimmte vertragsrechtliche Aspekte der Bereitstellung digitaler Inhalte und digitaler Dienstleistungen“ vom 25.6.2021**
 - ▶ **Vollharmonisierende Richtlinie**
 - ▶ UmsetzungsG in Kraft getreten am 1.7.2021
 - ▶ **Geltung ab 1.1.2022**
 - ▶ Neuregelungen betreffen „nur“ das Verhältnis Unternehmer/Verbraucher
 - ▶ Im Mittelpunkt steht eine **„update“-Pflicht** für digitale Elemente
 - ▶ **„Verbraucherverträge über digitale Produkte“**, geregelt in §§ 327 – 327s BGB
 - ▶ Betrifft „digitale Inhalte“ und „digitale Dienstleistungen“
 - ▶ Enthält ein eigenes, den §§ 280 ff und §§ 434 ff, 474 ff BGB nachgebildetes Leistungsstörungen- und Gewährleistungsrecht (§ 327c ff. BGB).
 - ▶ Kern: **Pflicht zur Aktualisierung**
 - ▶ Flankierende Regelungen über den Rückgriff zwischen Unternehmern (§§ 327t – u BGB)

Gesetz zur Regelung des Verkaufs von Sachen mit digitalen Elementen und anderer Aspekte des Kaufvertrags vom 25.6.2021

- ▶ Änderungen im **allgemeinen Kaufrecht**:
 - ▶ Neudefinition des Sachmangelbegriffs in § 434 BGB → **Kumulation von objektivem und subjektivem Fehlerbegriff** (→ Art. 5 WKRL)
 - ▶ Änderungen und Klarstellungen beim **Inhalt des Nacherfüllungsanspruchs**
 - ▶ Angleichung des **Lieferantenregresses** an die update-Pflicht im Verbrauchsgüterkaufrecht und der **Verjährung**

- ▶ Umsetzung im **Verbrauchsgüterkaufrecht**:
 - ▶ **Anwendungsbereich** (§ 474 BGB)
 - ▶ **Anwendbare Vorschriften** (§ 475 BGB)
 - ▶ Abgrenzung zu **Verbraucherverträgen über digitale Produkte** (§§ 327a II, III; 475a BGB)
 - ▶ Sachmangel einer **Ware mit digitalen Elementen** (§ 475b, c BGB)
 - ▶ Geringere Voraussetzungen für **Sekundäransprüche** - Entbehrlichkeit von Fristsetzungen (§ 475d BGB)
 - ▶ Sonderregelungen für **Verjährung/Ablaufhemmung** (§ 475e BGB)
 - ▶ Begrenzungen für **abweichende Vereinbarungen** (§ 476 BGB)
 - ▶ **Beweislastumkehr** für Sachmängel (§ 477 BGB)

Begriff „digitale Produkte“ und „digitale Elemente“

▶ Digitale Produkte:

▶ Legaldefinition in § 327 Abs. 1 BGB: **Digitale Inhalte** und **digitale Dienstleistungen**

▶ **Digitale Inhalte: In digitaler Form erstellte und bereitgestellte Daten** (§ 327 Abs. 2 S. 1 BGB)

→ z.B.: Musik, Filme (auch im streaming), Programme, Apps, e-books, Hörbücher, Spiele, Bilddateien, Datenbanken etc., auch bei individueller Entwicklung (§ 327 Abs. 4 BGB)

▶ **Digitale Dienstleistungen** (§ 327 Abs. 2 S. 2 BGB)

▶ Dienstleistungen, die dem Verbraucher

1. die Erstellung, die Verarbeitung oder die Speicherung von Daten in digitaler Form oder den Zugang zu solchen Daten ermöglichen
2. die gemeinsame Nutzung der vom Verbraucher oder von anderen Nutzern der entsprechenden Dienstleistung in digitaler Form hochgeladenen oder erstellten Daten oder sonstige Interaktionen mit diesen Daten ermöglicht.

→ z.B. Verkaufs-, Buchungs-, Vergleichs-, Vermittlungs- oder Bewertungsplattformen; Social Media; Cloud-Services, Blog-Portale, Webseiten, Suchmaschinen, Software-as-a-Service

▶ Waren mit digitalen Elemente (§ 327a Abs. 3 S. 1 BGB)

▶ Legaldefinition in § 327a Abs. 3 S. 1 BGB: Waren, die in einer Weise digitale Produkte enthalten oder mit ihnen verbunden sind, dass die Waren ihre Funktionen ohne diese digitalen Produkte nicht erfüllen können.

▶ **Relevanz:**

- ▶ Keine Geltung von § 327a Abs. 2 S. 1 BGB → **keine Anwendung der §§ 327 ff BGB**
- ▶ Alleinige Anwendung von **Verbrauchsgüterkaufrecht**
- ▶ **Spezieller Sachmangelbegriff** in § 475b BGB

Anwendungsbereiche der Regelungskomplexe und Überschneidungen

§ 327 BGB Anwendungsbereich

(5) Die Vorschriften dieses Untertitels sind mit Ausnahme der §§ 327b und 327c auch auf Verbraucherverträge anzuwenden, **welche die Bereitstellung von körperlichen Datenträgern, die ausschließlich als Träger digitaler Inhalte dienen, zum Gegenstand haben.**

§ 327a BGB Anwendung auf Paketverträge und Verträge über Sachen mit digitalen Elementen

(2) Die Vorschriften dieses Untertitels **sind auch auf Verbraucherverträge über Sachen anzuwenden, die digitale Produkte enthalten oder mit ihnen verbunden sind.** Soweit nachfolgend nicht anders bestimmt, **sind die Vorschriften dieses Untertitels jedoch nur auf diejenigen Bestandteile des Vertrags anzuwenden, welche die digitalen Produkte betreffen.**

(3) ¹Absatz 2 gilt nicht für **Kaufverträge über Waren**, die in einer Weise digitale Produkte enthalten oder mit ihnen verbunden sind, dass die Waren ihre Funktionen **ohne diese digitalen Produkte nicht erfüllen können (Waren mit digitalen Elementen)**. ²Beim Kauf einer Ware mit digitalen Elementen **ist im Zweifel anzunehmen, dass die Verpflichtung des Verkäufers die Bereitstellung der digitalen Inhalte oder digitalen Dienstleistungen umfasst.**



§ 475a BGB Verbrauchsgüterkaufvertrag über digitale Produkte

(1) ¹Auf einen **Verbrauchsgüterkaufvertrag, welcher einen körperlichen Datenträger zum Gegenstand hat, der ausschließlich als Träger digitaler Inhalte dient,** sind § 433 Absatz 1 Satz 2, die §§ 434 bis 442, 475 Absatz 3 Satz 1, Absatz 4 bis 6, die §§ 475b bis 475e und die §§ 476 und 477 über die Rechte bei Mängeln nicht anzuwenden. ²An die Stelle der nach Satz 1 nicht anzuwendenden Vorschriften treten die Vorschriften des Abschnitts 3 Titel 2a Untertitel 1.

(2) ¹Auf einen **Verbrauchsgüterkaufvertrag über eine Ware, die in einer Weise digitale Produkte enthält oder mit digitalen Produkten verbunden ist, dass die Ware ihre Funktionen auch ohne diese digitalen Produkte erfüllen kann,** sind im Hinblick auf **diejenigen Bestandteile des Vertrags, welche die digitalen Produkte betreffen, die folgenden Vorschriften nicht anzuwenden:**

1. § 433 Absatz 1 Satz 1 und § 475 Absatz 1 über die Übergabe der Kaufsache und die Leistungszeit sowie
2. § 433 Absatz 1 Satz 2, die §§ 434 bis 442, 475 Absatz 3 Satz 1, Absatz 4 bis 6, die §§ 475b bis 475e und die §§ 476 und 477 über die Rechte bei Mängeln.

²An die Stelle der nach Satz 1 nicht anzuwendenden Vorschriften treten die Vorschriften des Abschnitts 3 Titel 2a Untertitel 1.

Anwendungsbereiche der Regelungskomplexe und Überschneidungen

§ 327 BGB Anwendungsbereich

(5) Die Vorschriften dieses Untertitels sind mit Ausnahme der §§ 327b und 327c auch auf Verbraucherverträge anzuwenden, **welche die Bereitstellung von körperlichen Datenträgern, die ausschließlich als Träger digitaler Inhalte dienen, zum Gegenstand haben.**

§ 327a BGB Anwendung auf Paketverträge und Verträge über Sachen mit digitalen Elementen

(2) Die Vorschriften dieses Untertitels **sind auch auf Verbraucherverträge über Sachen anzuwenden, die digitale Produkte enthalten oder mit ihnen verbunden sind.** Soweit nachfolgend nicht anders bestimmt, **sind die Vorschriften dieses Untertitels jedoch nur auf diejenigen Bestandteile des Vertrags anzuwenden, welche die digitalen Produkte betreffen.**

(3) ¹Absatz 2 gilt nicht für **Kaufverträge über Waren, die in einer Weise digitale Produkte enthalten oder mit ihnen verbunden sind, dass die Waren ihre Funktionen ohne diese digitalen Produkte nicht erfüllen können (Waren mit digitalen Elementen).** ²Beim Kauf einer Ware mit digitalen Elementen **ist im Zweifel anzunehmen, dass die Verpflichtung des Verkäufers die Bereitstellung der digitalen Inhalte oder digitalen Dienstleistungen umfasst.**



§ 475a BGB Verbrauchsgüterkaufvertrag über digitale Produkte

(1) ¹Auf einen **Verbrauchsgüterkaufvertrag, welcher einen körperlichen Datenträger zum Gegenstand hat, der ausschließlich als Träger digitaler Inhalte dient,** sind § 433 Absatz 1 Satz 2, die §§ 434 bis 442, 475 Absatz 3 Satz 1, Absatz 4 bis 6, die §§ 475b bis 475e und die §§ 476 und 477 über die Rechte bei Mängeln nicht anzuwenden. ²An die Stelle der nach Satz 1 nicht anzuwendenden Vorschriften treten die Vorschriften des Abschnitts 3 Titel 2a Untertitel 1.

(2) ¹Auf einen **Verbrauchsgüterkaufvertrag über eine Ware, die in einer Weise digitale Produkte enthält oder mit digitalen Produkten verbunden ist, dass die Ware ihre Funktionen auch ohne diese digitalen Produkte erfüllen kann,** sind im Hinblick auf **diejenigen Bestandteile des Vertrags, welche die digitalen Produkte betreffen, die folgenden Vorschriften nicht anzuwenden:**

§ 475b BGB Sachmangel einer Ware mit digitalen Elementen

(1) ¹Für den Kauf einer **Ware mit digitalen Elementen** (§ 327a Absatz 3 Satz 1), bei dem sich der Unternehmer verpflichtet, dass er oder ein Dritter die digitalen Elemente bereitstellt, gelten ergänzend die Regelungen dieser Vorschrift. ²Hinsichtlich der Frage, ob die Verpflichtung des Unternehmers die Bereitstellung der digitalen Inhalte oder digitalen Dienstleistungen umfasst, gilt § 327a Absatz 3 Satz 2.

Gesetz zur Regelung des Verkaufs von Sachen mit digitalen Elementen und anderer Aspekte des Kaufvertrags vom 25.6.2021

- ▶ Änderungen im **allgemeinen Kaufrecht**:
 - ▶ Neudefinition des Sachmangelbegriffs in § 434 BGB → **Kumulation von objektivem und subjektivem Fehlerbegriff** (→ Art. 5 WKRL)
 - ▶ Änderungen und Klarstellungen beim **Inhalt des Nacherfüllungsanspruchs**
 - ▶ Angleichung des **Lieferantenregresses** an die update-Pflicht im Verbrauchsgüterkaufrecht und der **Verjährung**

- ▶ Umsetzung im **Verbrauchsgüterkaufrecht**:
 - ▶ **Anwendungsbereich** (§ 474 BGB)
 - ▶ **Anwendbare Vorschriften** (§ 475 BGB)
 - ▶ Abgrenzung zu **Verbraucherverträgen über digitale Produkte** (§§ 327a II, III; 475a BGB)
 - ▶ Sachmangel einer **Ware mit digitalen Elementen** (§ 475b, c BGB)
 - ▶ Geringere Voraussetzungen für **Sekundäransprüche** - Entbehrlichkeit von Fristsetzungen (§ 475d BGB)
 - ▶ Sonderregelungen für **Verjährung/Ablaufhemmung** (§ 475e BGB)
 - ▶ Begrenzungen für **abweichende Vereinbarungen** (§ 476 BGB)
 - ▶ **Beweislastumkehr** für Sachmängel (§ 477 BGB)

Der Begriff des Sachmangels bis zum 1.1.2022

§ 434 Sachmangel (derzeitige Fassung)

(1) Die Sache ist frei von Sachmängeln, wenn sie bei Gefahrübergang die **vereinbarte Beschaffenheit** hat. **Soweit die Beschaffenheit nicht vereinbart ist**, ist die Sache frei von Sachmängeln,

1. wenn sie sich für die nach dem Vertrag vorausgesetzte Verwendung eignet, sonst
2. wenn sie sich für die gewöhnliche Verwendung eignet und eine Beschaffenheit aufweist, die bei Sachen der gleichen Art üblich ist und die der Käufer nach der Art der Sache erwarten kann.

Zu der Beschaffenheit nach Satz 2 Nr. 2 gehören auch Eigenschaften, die der Käufer nach den **öffentlichen Äußerungen** des Verkäufers, des Herstellers (§ 4 Abs. 1 und 2 des Produkthaftungsgesetzes) oder seines Gehilfen insbesondere in der Werbung oder bei der Kennzeichnung über bestimmte Eigenschaften der Sache erwarten kann, es sei denn, dass der Verkäufer die Äußerung nicht kannte und auch nicht kennen musste, dass sie im Zeitpunkt des Vertragsschlusses in gleichwertiger Weise berichtigt war oder dass sie die Kaufentscheidung nicht beeinflussen konnte.

(2) Ein Sachmangel ist auch dann gegeben, wenn die **vereinbarte Montage** durch den Verkäufer oder dessen Erfüllungsgehilfen unsachgemäß durchgeführt worden ist. Ein Sachmangel liegt bei einer zur Montage bestimmten Sache ferner vor, wenn die **Montageanleitung mangelhaft ist**, es sei denn, die Sache ist fehlerfrei montiert worden.

(3) Einem Sachmangel steht es gleich, wenn der Verkäufer eine **andere Sache** oder eine zu **geringer Menge** liefert.

Der Begriff des Sachmangels ab dem 1.1.2022

§ 434 Sachmangel (m.W.v. 1.1.2022)

(1) Die Sache ist frei von Sachmängeln, wenn sie **bei Gefahrübergang** den **subjektiven Anforderungen**, den **objektiven Anforderungen** und den **Montageanforderungen** dieser Vorschrift entspricht

(2) ¹Die Sache entspricht den **subjektiven Anforderungen**, wenn sie

1. die vereinbarte Beschaffenheit hat,
2. sich für die nach dem Vertrag vorausgesetzte Verwendung
3. mit dem vereinbarten

Installationsanle

²Zu der Beschaffenheit n
operabilität und sonstig

(3) ¹**Soweit nicht wirksa**

1. sich für die **gewöhnliche Verwendung** eignet,
2. eine Beschaffenheit aufweist, **die bei Sachen derselben Art üblich ist und die der K erwarten kann** unter Berücksichtigung
 - a) der **Art der Sache** und
 - b) der **öffentlichen Äußerungen**, die von dem

Auftrag, insbesondere in der Werbung od

3. der Beschaffenheit einer Probe oder eines M
4. mit dem Zubehör einschließlich der Verpack

Anleitungen übergeben wird, deren Erhalt

²Zu der üblichen Beschaffenheit nach Satz 1 Num
einschließlich ihrer **Haltbarkeit, Funktionalität, K**
Nummer 2 Buchstabe b genannten öffentlichen Ä
kennen konnte, wenn die Äußerung im Zeitpunkt d
war oder wenn die Äußerung die Kaufentscheidun

(4) Soweit eine Montage durchzuführen ist, entspr

1. **sachgemäß durchgeführt** worden ist oder
2. zwar unsachgemäß durchgeführt worden ist, dies jedoch **weder auf einer unsachgemäßen Montage durch den Verkäufer noch auf einem Mangel in der vom Verkäufer übergebenen Anleitung** beruht.

(5) Einem Sachmangel steht es gleich, wenn der Verkäufer **eine andere Sache** als die vertraglich geschuldete Sache liefert.

Kumulation des objektiven und des subjektiven Fehlerbegriffs!

Definition (Art. 2 Nr. 8. und 10 WKRL):

Fähigkeit der Ware, mit der Hardware und Software zu funktionieren, mit der Waren derselben Art in aller Regel benutzt werden, ohne dass die Waren, die Hardware oder die Software verändert werden müssen (**Kompatibilität**) bzw. die Fähigkeit, mit einer anderen Hardware oder Software zu funktionieren als derjenigen, mit den Waren derselben Art in der Regel benutzt werden (**Interoperabilität**).

→ Qualitätsanforderungen an das IoT („Internet of Things“), z.B. die Fähigkeit von Smartphones, Smart Home-Geräten wie Türklingeln, Sicherheitssystemen, Thermostaten, smarten Kühlschränken und virtuellen Assistenten (wie z.B. Alexa, Siri etc.), untereinander zu kommunizieren und Daten auszutauschen.

Der Begriff des Sachmangels ab dem 1.1.2022

Wesentliche Neuerungen:

- ▶ **Kombination** von **subjektivem** und **objektivem Fehlerbegriff** (§ 434 Abs. 1 BGB)
- ▶ Im allgemeinen Kaufrecht unschädlich, weil objektive Qualitätsvoraussetzungen nur gelten, „soweit nicht wirksam etwas anderes vereinbart wurde“ → **negative Beschaffenheitsvereinbarungen** also weiterhin möglich!
- ▶ Beim **Verbrauchsgüterkaufrecht** aber nur unter besonderen Voraussetzungen:

§ 476 Abs. 1 S. 2 BGB n.F.:

Von den Anforderungen nach § 434 Absatz 3 oder § 475b Absatz 4 kann vor Mitteilung eines Mangels an den Unternehmer durch Vertrag abgewichen werden, wenn

1. der Verbraucher vor der Abgabe seiner Vertragserklärung **eigens davon in Kenntnis** gesetzt wurde, dass ein bestimmtes Merkmal der Ware von den objektiven Anforderungen abweicht, und
2. die Abweichung im Sinne der Nummer 1 im Vertrag **ausdrücklich und gesondert vereinbart** wurde.

- ▶ Flankiert von § 475 Abs. 3 S. 2 BGB: Die §§ **442**, 445 und § 447 Absatz 2 sind nicht anzuwenden.
→ Auch **positive Kenntnis** des Verbrauchers vom Mangel schließt Gewährleistung **nicht** aus!

Gesetz zur Regelung des Verkaufs von Sachen mit digitalen Elementen und anderer Aspekte des Kaufvertrags vom 25.6.2021

- ▶ Änderungen im **allgemeinen Kaufrecht**:
 - ▶ Neudefinition des Sachmangelbegriffs in § 434 BGB → **Kumulation von objektivem und subjektivem Fehlerbegriff** (→ Art. 5 WKRL)
 - ▶ Änderungen und Klarstellungen beim **Inhalt des Nacherfüllungsanspruchs**
 - ▶ Angleichung des **Lieferantenregresses** an die update-Pflicht im Verbrauchsgüterkaufrecht und der **Verjährung**
- ▶ Umsetzung im **Verbrauchsgüterkaufrecht**:
 - ▶ **Anwendungsbereich** (§ 474 BGB)
 - ▶ **Anwendbare Vorschriften** (§ 475 BGB)
 - ▶ Abgrenzung zu **Verbraucherverträgen über digitale Produkte** (§§ 327a II, III; 475a BGB)
 - ▶ Sachmangel einer **Ware mit digitalen Elementen** (§ 475b, c BGB)
 - ▶ Geringere Voraussetzungen für **Sekundäransprüche** - Entbehrlichkeit von Fristsetzungen (§ 475d BGB)
 - ▶ Sonderregelungen für **Verjährung/Ablaufhemmung** (§ 475e BGB)
 - ▶ Begrenzungen für **abweichende Vereinbarungen** (§ 476 BGB)
 - ▶ **Beweislastumkehr** für Sachmängel (§ 477 BGB)

Ersatz von Aus- und Wiedereinbaukosten im Rahmen der Nacherfüllung

§ 439 Abs. 3 BGB a.F. = **allgemeine Regelung**

(3) Hat der Käufer die mangelhafte Sache gemäß ihrer Art und ihrem Verwendungszweck in eine andere Sache eingebaut oder an eine andere Sache angebracht, **ist der Verkäufer** im Rahmen der Nacherfüllung **verpflichtet**, dem Käufer **die erforderlichen Aufwendungen für das Entfernen der mangelhaften und den Einbau oder das Anbringen der nachgebesserten oder gelieferten mangelfreien Sache zu ersetzen**. § 442 Absatz 1 ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass für die Kenntnis des Käufers an die Stelle des Vertragsschlusses der Einbau oder das Anbringen der mangelhaften Sache durch den Käufer tritt.

§ 439 Abs. 3 BGB n.F. (m.W.v. 1.1.2022)

(3) Hat der Käufer die mangelhafte Sache gemäß ihrer Art und ihrem Verwendungszweck in eine andere Sache eingebaut oder an eine andere Sache angebracht, **bevor der Mangel offenbar wurde**, ist der Verkäufer im Rahmen der Nacherfüllung verpflichtet, dem Käufer die **erforderlichen Aufwendungen** für das **Entfernen der mangelhaften** und den **Einbau oder das Anbringen der nachgebesserten oder gelieferten mangelfreien Sache zu ersetzen**.

§ 475 Abs. 4 S. 2 BGB a.F. = **nur im Verhältnis Unternehmer/Verbraucher!**

(4)² Ist die andere Art der Nacherfüllung **wegen der Höhe der Aufwendungen nach § 439 Absatz 2 oder Absatz 3 Satz 1 unverhältnismäßig**, kann der Unternehmer den Aufwendungsersatz auf einen **angemessenen Betrag beschränken**. Bei der Bemessung dieses Betrages sind insbesondere der Wert der Sache in mangelfreiem Zustand und die Bedeutung des Mangels zu berücksichtigen.

m.W.v. 1.1.2022 aufgehoben!

Ersatz von Aus- und Wiedereinbaukosten im Rahmen der Nacherfüllung

§ 439 Abs. 3 BGB n.F. (m.W.v. 1.1.2022)

(3) Hat der Käufer die mangelhafte Sache gemäß ihrer Art und ihrem Verwendungszweck in eine andere Sache eingebaut oder an eine andere Sache angebracht, **bevor der Mangel offenbar wurde**, ist der Verkäufer im Rahmen der Nacherfüllung verpflichtet, dem Käufer die **erforderlichen Aufwendungen** für das **Entfernen der mangelhaften** und den **Einbau oder das Anbringen der nachgebesserten oder gelieferten mangelfreien Sache** zu ersetzen.

- ▶ Es bleibt bei einem **verschuldensunabhängigen Anspruch** des Käufers auf **Ersatz der Aufwendungen** für **Entfernen und Wiedereinbau bzw. Neuanbringen der Sache**.
- ▶ **Ausschlussgedanke**: Aufwendungsersatz soll nur ein Käufer bekommen, der gutgläubig eingebaut bzw. angebracht hat.
- ▶ **Bislang**: § 439 Abs. 3 S. 2 → Verweis auf § 442 BGB z.Zt. des Einbaus → kein Aufwendungsersatz bei **positiver Kenntnis** und grds. auch bei **grobfahrlässiger Unkenntnis** des Käufers.
- ▶ **Jetzt**: Käufer muss die Sache eingebaut bzw. angebracht haben, bevor der Mangel „**offenbar**“ wurde → unklarer Begriff!
- ▶ Beim **Verbrauchsgüterkauf: Vorschussanspruch (§ 475 Abs. 4 BGB)**

§ 475 Abs. 4 BGB n.F. (bislang Abs. 6)

(4) Der **Verbraucher** kann von dem Unternehmer für Aufwendungen, die ihm im Rahmen der Nacherfüllung gemäß § 439 Absatz 2 und § 439 Absatz 3 entstehen und die vom Unternehmer zu tragen sind, Vorschuss verlangen.

Weitere Neuregelungen zum Nacherfüllungsanspruch m.W.v. 1.1.2022

§ 439 Abs. 5 BGB n.F.

(5) Der Käufer hat dem Verkäufer die Sache zum Zweck der Nacherfüllung zur Verfügung zu stellen.

- ▶ Str., ob **Rechtspflicht** oder **Obliegenheit**
- ▶ Bei **Rechtspflicht** (so Begr. RegE) → **Einrede gegen den Nacherfüllungsanspruch** (§ 273 BGB)
- ▶ **Kostentragung beim Verkäufer** (§ 439 Abs. 2 BGB)
- ▶ Beim **Verbrauchsgüterkauf** kann der Käufer (weiterhin) **Vorschuss** für die Kosten verlangen (§ 475 Abs. 4 BGB n.F.)
- ▶ **Rechtsfolge bei Verletzung**
 - ▶ **Bei Rechtspflicht:** Nach Einredeerhebung **kein Rücktritt, Minderung, SE statt Lstg.**, da kein **durchsetzbarer** Nacherfüllungsanspruch.
 - ▶ **Sonst: Kein ordnungsgemäßes Nacherfüllungsverlangen**
 - ▶ Trotz § 475d BGB auch beim Verbrauchsgüterkauf kein Rücktritt, Minderung oder Schadensersatz statt der Leistung (vgl. § 475d Abs. 1 Nr. 5 BGB) → **dazu später!**
- ▶ Entspricht der bisherigen Rspr. (s. BGH v. 19.7.2017 – VIII ZR 278/16)

Weitere Neuregelungen zum Nacherfüllungsanspruch m.W.v. 1.1.2022

§ 439 Abs. 5 BGB n.F.

(5) Der Käufer hat dem Verkäufer die Sache zum Zweck der Nacherfüllung zur Verfügung zu stellen.

► Str., ob **Rechtspflicht** oder **Obliegenheit**

Beachte:

Die Durchsetzbarkeit des Anspruchs ist **ungeschriebene Tatbestandsvoraussetzung** von § 323 Abs. 1 BGB und § 281 Abs. 1 BGB (und damit auch von § 441 Abs. 1 BGB - Minderung)

Nacherfüllungs-

Vorschuss für die

tritt, Minderung,

SE statt Lstg., da kein **durchsetzbarer** Nacherfüllungsanspruch.

► **Sonst: Kein ordnungsgemäßes Nacherfüllungsverlangen**

► Trotz § 475d BGB auch beim Verbrauchsgüterkauf kein Rücktritt, Minderung oder Schadensersatz statt der Leistung (vgl. § 475d Abs. 1 Nr. 5 BGB) → **dazu später!**

► Entspricht der bisherigen Rspr. (s. BGH v. 19.7.2017 – VIII ZR 278/16)

Erfüllungsort der Nacherfüllungspflicht

BGH NJW 2011, 2278 („Faltanhänger“)

Leitsätze:

- a) Der **Erfüllungsort der Nacherfüllung** hat im Kaufrecht des Bürgerlichen Gesetzbuches **keine eigenständige Regelung erfahren**. Für seine Bestimmung gilt daher die **allgemeine Vorschrift des § 269 Abs. 1 BGB**.
- b) Danach sind in erster Linie die von den Parteien getroffenen **Vereinbarungen** entscheidend. Fehlen vertragliche Abreden über den Erfüllungsort, **ist auf die jeweiligen Umstände, insbesondere die Natur des Schuldverhältnisses, abzustellen**. Lassen sich auch hieraus keine abschließenden Erkenntnisse gewinnen, **ist der Erfüllungsort letztlich an dem Ort anzusiedeln, an welchem der Verkäufer zum Zeitpunkt der Entstehung des Schuldverhältnisses seinen Wohnsitz oder seine gewerbliche Niederlassung (§ 269 Abs. 2 BGB) hatte**.

Erfüllungsort der Nacherfüllungspflicht

BGH NJW 2011, 2278 („Faltanhänger“)

Kernaussagen:

- ▶ § 439 II BGB sagt **nichts** über den Erfüllungsort, ist aber (auch) eine **Anspruchsgrundlage**.
- ▶ Selbst wenn also der Erfüllungsort für die Nacherfüllung beim Verkäufer liegt, kann der Käufer doch **Ersatz seiner Transportkosten** (und nach Ansicht des Senats sogar **Vorschuss** hierauf!) verlangen (475 Abs. 6 BGB; ab 1.1.2022 § 475 Abs. 4 BGB).
- ▶ Der Nacherfüllungsanspruch ist **nicht identisch** mit dem ursprünglichen Erfüllungsanspruch, deshalb müssen die Erfüllungsorte **nicht zwangsläufig übereinstimmen**.
- ▶ Maßgeblich ist also § 269 I BGB.
- ▶ Zu den „**Umständen**“ gehören die **Verkehrsauffassung**, aber auch die „**Unannehmlichkeiten**“ für den Käufer, die aber **erheblich** sein müssen (richtlinienkonforme Auslegung im Hinblick auf Art. 3 III VerbrGK-RI.)

Erfüllungsort der Nacherfüllungspflicht

BGH NJW 2011, 2278 („Faltanhänger“)

Kernaussagen:

- ▶ § 439 II BGB sagt **nichts** über den Erfüllungsort, ist aber (auch) eine **Anspruchsgrundlage**.

Zum Umfang des Kostenerstattungsanspruchs aus § 439 Abs. 2 BGB s. BGH NJW 2014, 2351:

- § 439 Abs. 2 BGB erfasst **verschuldensunabhängig** auch **Sachverständigenkosten**, die einem Käufer entstehen, **um die Ursache der Mangerscheinungen des Kaufgegenstandes aufzufinden** und auf diese Weise zur Vorbereitung eines die Nacherfüllung einschließenden Gewährleistungsanspruchs die Verantwortlichkeit für den Mangel zu klären.
- Stehen der Mangel und die Mangelverantwortlichkeit des Verkäufers fest, besteht der Erstattungsanspruch für die "zum Zwecke der Nacherfüllung" aufgewandten Sachverständigenkosten **auch dann fort, wenn der Käufer später zur Minderung übergeht**.

BGH v. 19.7.2017 – VIII ZR 278/16:

- ▶ Ein taugliches **Nacherfüllungsverlangen** des Käufers setzt die **Zurverfügungstellung** der Kaufsache am rechten Ort, nämlich dem **Erfüllungsort der Nacherfüllung**, voraus. Für dessen Bestimmung ist im Kaufrecht die allgemeine Vorschrift des § 269 Abs. 1, 2 BGB maßgebend
- ▶ Der Käufer kann nach dem Schutzzweck der von Art. 3 Abs. 3 Satz 1, Abs. 4 der Verbrauchsgüterkaufrichtlinie geforderten Unentgeltlichkeit der Nacherfüllung **schon vorab einen (abrechenbaren) Vorschuss zur Abdeckung dieser Kosten beanspruchen, auch wenn das Vorliegen des geltend gemachten Mangels noch ungeklärt ist.**
- ▶ Dementsprechend **liegt ein taugliches Nacherfüllungsverlangen des Käufers vor**, wenn seine **Bereitschaft, die Kaufsache zum Ort der Nacherfüllung zu verbringen, nur wegen der ausgebliebenen Vorschussleistung des Verkäufers nicht umgesetzt wird.**

Weitere Neuregelungen zum Nacherfüllungsanspruch m.W.v. 1.1.2022

§ 439 Abs. 6 BGB n.F.

(6) ¹Liefert der Verkäufer zum Zwecke der Nacherfüllung eine mangelfreie Sache, so kann er vom Käufer Rückgewähr der mangelhaften Sache nach Maßgabe der §§ 346 bis § 348 verlangen. ²**Der Verkäufer hat die ersetzte Sache auf seine Kosten zurückzunehmen.“**

▶ War bei „berechtigtem Interesse“ bereits bisher in der Rspr. anerkannt.

Weitere Neuregelungen zum Nacherfüllungsanspruch m.W.v. 1.1.2022

§ 439 Abs. 4 BGB (unverändert)

¹Der Verkäufer kann **die vom Käufer gewählte Art der Nacherfüllung unbeschadet des § 275 Abs. 2 und 3 verweigern, wenn sie nur mit unverhältnismäßigen Kosten möglich ist.** ²Dabei sind insbesondere der Wert der Sache in mangelfreiem Zustand, die Bedeutung des Mangels und die Frage zu berücksichtigen, ob auf die andere Art der Nacherfüllung ohne erhebliche Nachteile für den Käufer zurückgegriffen werden könnte. ³Der Anspruch des Käufers beschränkt sich in diesem Fall auf die andere Art der Nacherfüllung; **das Recht des Verkäufers, auch diese unter den Voraussetzungen des Satzes 1 zu verweigern, bleibt unberührt.**

→ **Die Regelung in § 475 Abs. 4 BGB aF fällt ab 1.1.2022 ersatzlos weg:**

(4) ¹Ist die eine Art der Nacherfüllung nach § 275 Absatz 1 ausgeschlossen oder kann der Unternehmer diese nach § 275 Absatz 2 oder 3 oder § 439 Absatz 4 Satz 1 verweigern, kann er **die andere Art der Nacherfüllung nicht wegen Unverhältnismäßigkeit der Kosten nach § 439 Absatz 4 Satz 1 verweigern.** ²Ist die andere Art der Nacherfüllung wegen der Höhe der Aufwendungen nach § 439 Absatz 2 oder 3 Satz 1 unverhältnismäßig, kann der Unternehmer den Aufwendungsersatz auf **einen angemessenen Betrag beschränken.** ³Bei der Bemessung dieses Betrages sind insbesondere der Wert der Sache in mangelfreiem Zustand und die Bedeutung des Mangels zu berücksichtigen.

Weitere Neuregelungen zum Nacherfüllungsanspruch m.W.v. 1.1.2022

§ 439 Abs. 4 BGB (unverändert)

¹Der Verkäufer kann **die vom Käufer gewählte Art der Nacherfüllung unbeschadet des § 275 Abs. 2 und 3 verweigern, wenn sie nur mit unverhältnismäßigen Kosten möglich ist.** ²Dabei sind insbesondere der Wert der Sache in mangelfreiem Zustand, die Bedeutung des Mangels und die Frage zu berücksichtigen, ob auf die andere Art der Nacherfüllung ohne erhebliche Nachteile für den Käufer zurückgegriffen werden könnte. ³Der Anspruch des Käufers beschränkt sich in diesem Fall auf die andere Art der Nacherfüllung; **das Recht des Verkäufers, auch diese unter den Voraussetzungen des Satzes 1 zu verweigern, bleibt unberührt.**

→ Die Regelung in § 475 Abs. 4 BGB aF fällt ab 1.1.2022 ersatzlos weg:

(4) ¹Ist die eine Art der Nacherfüllung nach § 275 Absatz 1 ausgeschlossen oder kann der Unternehmer diese nach § 275 Absatz 2 oder 3 oder § 439 Absatz 4 Satz 1 verweigern, kann er

die an

439 Abs

Aufwe

den Au

dieses

Bedeu

- ▶ **„Totalverweigerungsrecht“** bei Unverhältnismäßigkeit aller Nacherfüllungsalternativen jetzt auch beim Verbrauchsgüterkauf (Korrektur von EuGH „Weber und Putz“)
- ▶ **Keine Beschränkung von Aus- und Wiedereinbaukosten** auf einen „angemessenen Beitrag“.

Gesetz zur Regelung des Verkaufs von Sachen mit digitalen Elementen und anderer Aspekte des Kaufvertrags vom 25.6.2021

- ▶ Änderungen im **allgemeinen Kaufrecht**:
 - ▶ Neudefinition des Sachmangelbegriffs in § 434 BGB → **Kumulation von objektivem und subjektivem Fehlerbegriff** (→ Art. 5 WKRL)
 - ▶ Änderungen und Klarstellungen beim **Inhalt des Nacherfüllungsanspruchs**
 - ▶ Angleichung des **Lieferantenregresses** an die update-Pflicht im Verbrauchsgüterkaufrecht und der **Verjährung**
- ▶ Umsetzung im **Verbrauchsgüterkaufrecht**:
 - ▶ **Anwendungsbereich** (§ 474 BGB)
 - ▶ **Anwendbare Vorschriften** (§ 475 BGB)
 - ▶ Abgrenzung zu **Verbraucherverträgen über digitale Produkte** (§§ 327a II, III; 475a BGB)
 - ▶ Sachmangel einer **Ware mit digitalen Elementen** (§ 475b, c BGB)
 - ▶ Geringere Voraussetzungen für **Sekundäransprüche** - Entbehrlichkeit von Fristsetzungen (§ 475d BGB)
 - ▶ Sonderregelungen für **Verjährung/Ablaufhemmung** (§ 475e BGB)
 - ▶ Begrenzungen für **abweichende Vereinbarungen** (§ 476 BGB)
 - ▶ **Beweislastumkehr** für Sachmängel (§ 477 BGB)

Verkäuferregress (§§ 445a, b BGB)

§ 445a BGB Rückgriff des Verkäufers:

(1) Der **Verkäufer** kann beim Verkauf einer neu hergestellten Sache von dem Verkäufer, der ihm die Sache verkauft hatte (Lieferant), **Ersatz der Aufwendungen verlangen, die er im Verhältnis zum Käufer nach § 439 Absatz 2 und 3 sowie § 475 Absatz 4 und 6 zu tragen hatte**, wenn der vom Käufer geltend gemachte Mangel bereits beim Übergang der Gefahr auf den Verkäufer vorhanden war.

(1) **[ab 1.1.2022]** Der **Verkäufer** kann beim Verkauf einer neu hergestellten Sache von dem Verkäufer, der ihm die Sache verkauft hatte (Lieferant), **Ersatz der Aufwendungen verlangen, die er im Verhältnis zum Käufer nach § 439 Absatz 2, 3 und 6 Satz 2 sowie § 475 Absatz 4 zu tragen hatte**, wenn der vom Käufer geltend gemachte Mangel bereits beim Übergang der Gefahr auf den Verkäufer vorhanden war oder auf einer **Verletzung der Aktualisierungspflicht gemäß § 475b Absatz 4 beruht**.

(2) Für die in § 437 bezeichneten Rechte des Verkäufers gegen seinen Lieferanten **bedarf es** wegen des vom Käufer geltend gemachten Mangels **der sonst erforderlichen Fristsetzung nicht**, wenn der Verkäufer die verkaufte neu hergestellte Sache als Folge ihrer Mangelhaftigkeit zurücknehmen musste oder der Käufer den Kaufpreis gemindert hat.

(3) Die Absätze 1 und 2 finden auf die Ansprüche des Lieferanten und der übrigen Käufer in der Lieferkette gegen die jeweiligen Verkäufer entsprechende Anwendung, **wenn die Schuldner Unternehmer sind**.

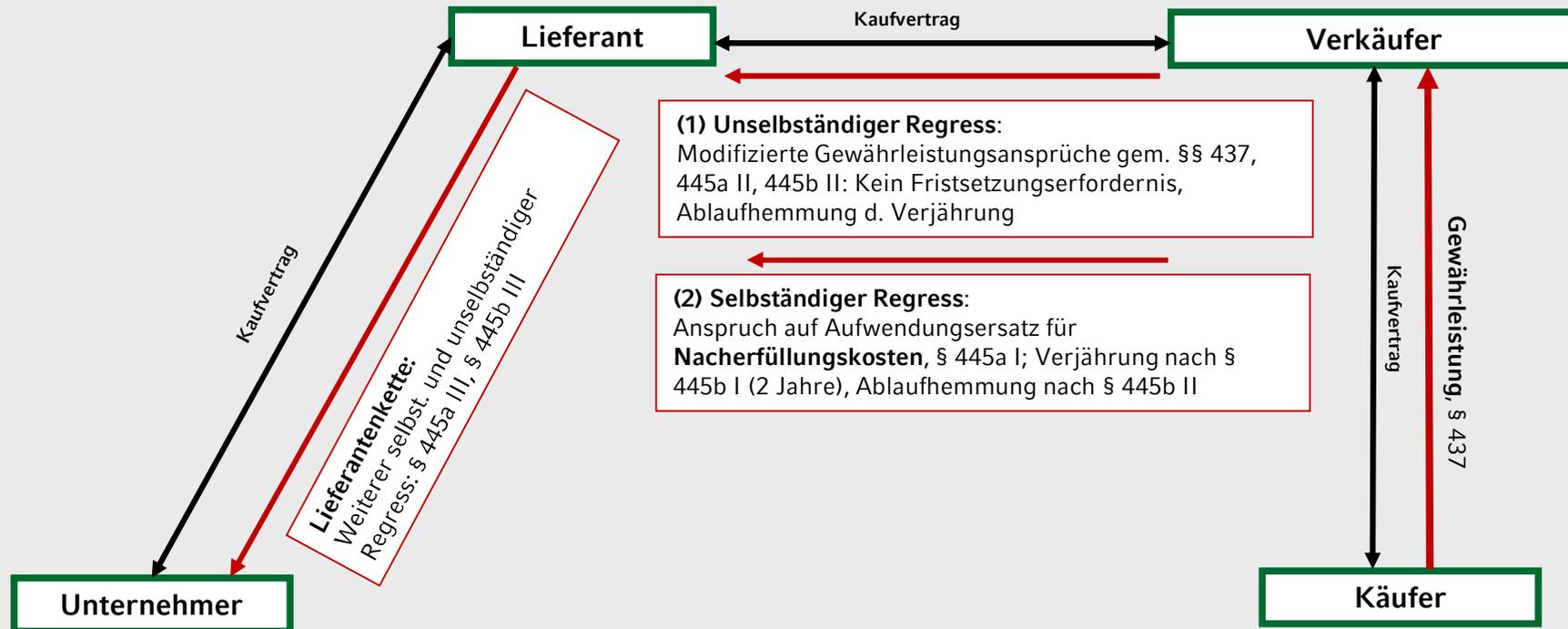
(4) § 377 des Handelsgesetzbuchs bleibt unberührt.

Verkäuferregress (§§ 445a, b BGB)

§ 445a BGB Rückgriff des Verkäufers:

- (1) Der Verkäufer hat ihm die Sache in demselben Verhältnis überlassen hatte, wenn der Verkäufer (1) **ab 1. Verkäufers verlangt 475 Abs Übergang Aktualis**
- ▶ **Regress auch außerhalb des Verbrauchsgüterkaufs!**
 - ▶ **Zwingend** aber nur, wenn am **Ende der Kette** ein **Verbrauchsgüterkauf** steht (dann schließt § 478 II BGB n.F. de facto abweichende Vereinbarungen aus).
 - ▶ Volle **Beweislast** des Verkäufers für das Vorliegen eines Mangels **z.Zt. des Gefahrübergangs vom Lieferanten auf ihn:**
 - ▶ § 477 BGB gilt nur in dem wohl seltenen Fall, wenn der **Lieferant Unternehmer** und der **Weiterverkäufer Verbraucher** ist.
 - ▶ Anders aber **zwischen Unternehmern**, wenn am **Ende der Kette** ein **Verbrauchsgüterkauf** steht (§ 478 I BGB n.F.)
 - ▶ **Kaufmännische Rügepflicht (§ 377 HGB) bleibt vorbehalten.**
- (2) Für den **bedarfe Fristsetzung** nicht, wenn der Verkäufer die verkaufte neu hergestellte Sache als Folge ihrer Mangelhaftigkeit zurücknehmen musste oder der Käufer den Kaufpreis gemindert hat.
- (3) Die Absätze 1 und 2 finden auf die Ansprüche des Lieferanten und der übrigen Käufer in der Lieferkette gegen die jeweiligen Verkäufer entsprechende Anwendung, **wenn die Schuldner Unternehmer sind.**
- (4) § 377 des Handelsgesetzbuchs bleibt unberührt.

Verkäuferregress nach §§ 445a, 445b BGB



Verjährung im Regress (§ 445b BGB)

§ 445b BGB Verjährung von Rückgriffsansprüchen

(1) Die in § 445a Absatz 1 bestimmten **Aufwendungsersatzansprüche verjähren in zwei Jahren ab Ablieferung der Sache.**

(2) Die Verjährung der in den §§ 437 und 445a Absatz 1 bestimmten **Ansprüche des Verkäufers gegen seinen Lieferanten wegen des Mangels einer verkauften neu hergestellten Sache** tritt **frühestens zwei Monate nach dem Zeitpunkt ein, in dem der Verkäufer die Ansprüche des Käufers erfüllt hat.** *Diese Ablaufhemmung endet spätestens fünf Jahre nach dem Zeitpunkt, in dem der Lieferant die Sache dem Verkäufer abgeliefert hat.* [m.W.v. 1.1.2022 aufgehoben]

(3) Die Absätze 1 und 2 finden auf die Ansprüche des Lieferanten und der übrigen Käufer in der Lieferkette gegen die jeweiligen Verkäufer entsprechende Anwendung, **wenn die Schuldner Unternehmer sind.**

- ▶ „Selbständiger“ Regressanspruch aus § 445a I BGB verjährt in 2 Jahren
- ▶ Ablaufhemmung der Verjährung für alle Regressansprüche
- ▶ Maximalfrist 5 Jahre → **m.W.v. 1.1.2022 abgeschafft!**
- ▶ Geltung in der Regresskette nur zwischen Unternehmern

Regress und Verbrauchsgüterkauf

§ 478 BGB Sonderbestimmungen für den Regress

Wirtschaftlich zwingender Charakter!

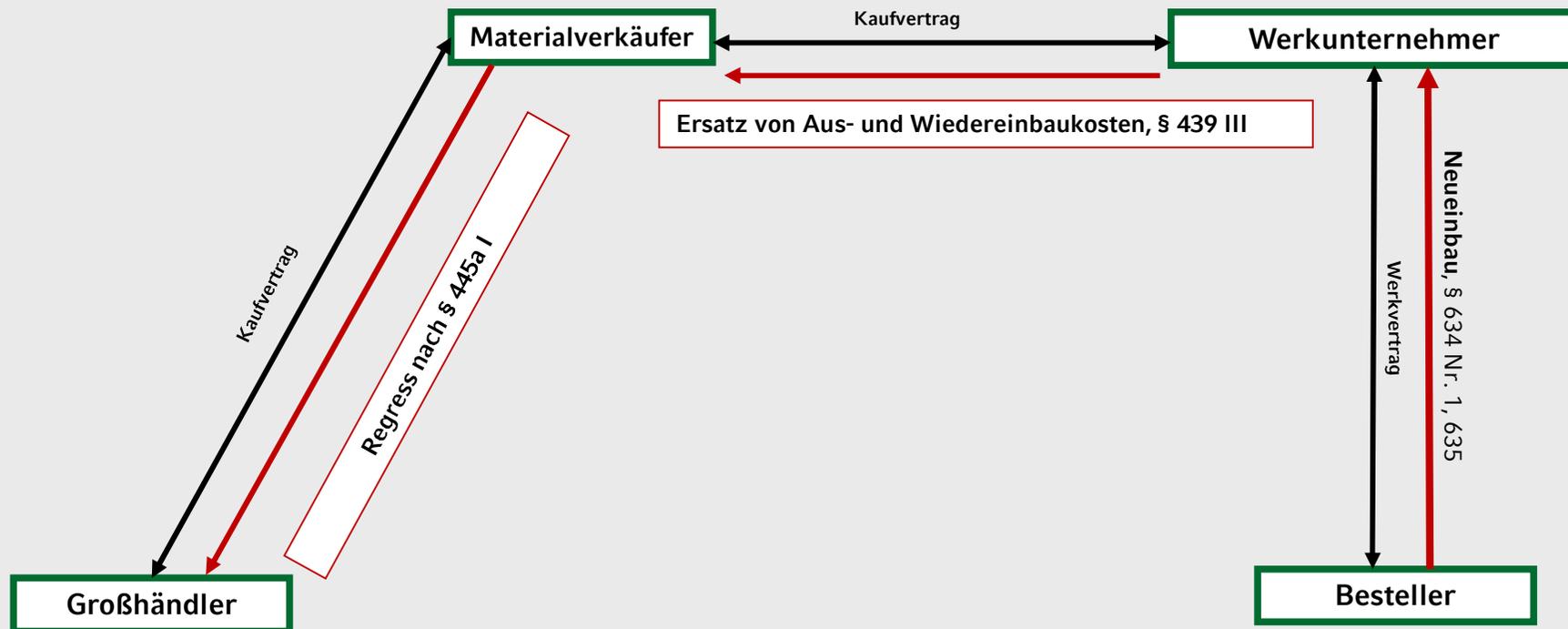
(1) Ist der **letzte Vertrag in der Lieferkette ein Verbrauchsgüterkauf** (§ 474) findet § 477 in den Fällen des § 445a Absatz 1 und 2 mit der Maßgabe Anwendung, dass die Frist **mit dem Übergang der Gefahr auf den Verbraucher** beginnt.

(2) Auf eine vor Mitteilung eines Mangels an den Lieferanten getroffene Vereinbarung, die zum Nachteil des Unternehmens von **Absatz 1** sowie von den **§§ 433 bis 435, 437, 439 bis 443, 445a Absatz 1** sowie den **§ 445b, 475b und § 475c** abweicht, kann dem Rückgriffsgläubiger **kein gleichwertiger Ersatz** gem. Absatz 1 gilt unbeschadet des § 307 nicht für den Gläubiger der Anspruch auf Schadensersatz. Die in Absatz 1 genannten Vorschriften finden auf diese Vereinbarung Anwendung, wenn sie durch den Vertrag zu werden.

Mängeler Vermutung des § 477 BGB n.F. gilt auch B2B, wenn am Ende der Kette ein Verbrauchsgüterkauf steht, Fristbeginn mit Gefahrübergang beim Weiterverkauf an Verbraucher!

(3) **m.W.v. 1.1.2022 erstreckt auf § 475b und c BGB (Sachmangel bei Waren mit digitalen Elementen)** An den Unternehmen der Lieferkette, die Unternehmer sind.

Unternehmerregress nach §§ 439 III, 445a I BGB im Zusammenhang mit einem Werkvertrag



Gesetz zur Regelung des Verkaufs von Sachen mit digitalen Elementen und anderer Aspekte des Kaufvertrags vom 25.6.2021

- ▶ Änderungen im **allgemeinen Kaufrecht**:
 - ▶ Neudefinition des Sachmangelbegriffs in § 434 BGB → **Kumulation von objektivem und subjektivem Fehlerbegriff** (→ Art. 5 WKRL)
 - ▶ Änderungen und Klarstellungen beim **Inhalt des Nacherfüllungsanspruchs**
 - ▶ Angleichung des **Lieferantenregresses** an die update-Pflicht im Verbrauchsgüterkaufrecht und der **Verjährung**

- ▶ Umsetzung im **Verbrauchsgüterkaufrecht**:
 - ▶ **Anwendungsbereich** (§ 474 BGB)
 - ▶ **Anwendbare Vorschriften** (§ 475 BGB)
 - ▶ Abgrenzung zu **Verbraucherverträgen über digitale Produkte** (§§ 327a II, III; 475a BGB)
 - ▶ Sachmangel einer **Ware mit digitalen Elementen** (§ 475b, c BGB)
 - ▶ Geringere Voraussetzungen für **Sekundäransprüche** - Entbehrlichkeit von Fristsetzungen (§ 475d BGB)
 - ▶ Sonderregelungen für **Verjährung/Ablaufhemmung** (§ 475e BGB)
 - ▶ Begrenzungen für **abweichende Vereinbarungen** (§ 476 BGB)
 - ▶ **Beweislastumkehr** für Sachmängel (§ 477 BGB)

Anwendungsbereich

§ 474 BGB a.F. Verbrauchsgüterkauf

(1) ¹Verbrauchsgüterkäufe sind Verträge, durch die ein Verbraucher von einem Unternehmer eine **bewegliche Sache** kauft. ²Um einen Verbrauchsgüterkauf handelt es sich auch bei einem Vertrag, der neben dem Verkauf einer beweglichen Sache die Erbringung einer Dienstleistung durch den Unternehmer zum Gegenstand hat.

(2) ¹Für den Verbrauchsgüterkauf gelten **ergänzend** die folgenden Vorschriften dieses Untertitels. ²Dies gilt nicht für gebrauchte Sachen, die in einer öffentlich zugänglichen Versteigerung verkauft werden, an der der Verbraucher persönlich teilnehmen kann.

§ 474 BGB n.F. (1.1.2022) Verbrauchsgüterkauf

(1) ¹Verbrauchsgüterkäufe sind Verträge, durch die ein Verbraucher von einem Unternehmer **eine Ware (§ 241a Absatz 1)** kauft. ²Um einen Verbrauchsgüterkauf handelt es sich auch bei einem Vertrag, der neben dem Verkauf einer Ware die Erbringung einer Dienstleistung durch den Unternehmer zum Gegenstand hat.

(2) ¹Für den Verbrauchsgüterkauf gelten **ergänzend** die folgenden Vorschriften dieses Untertitels. ²Für **gebrauchte Sachen**, die in einer öffentlich zugänglichen Versteigerung (§ 312g Absatz 2 Nr. 10) verkauft werden, gilt dies nicht, **wenn dem Verbraucher klare und umfassende Informationen darüber, dass die Vorschriften dieses Untertitels nicht gelten, leicht verfügbar gemacht wurden.**

Versteigerung aufgrund **gerichtlicher** oder **behördlicher Zwangsvollstreckungsmaßnahmen**

→ § 806 ZPO bzw. § 283 AO (genereller Ausschluss von Gewährleistungsansprüchen)

Anwendungsbereich

Legaldefinition „öffentlich zugängliche Versteigerung“ in § 312g Abs. 2 Nr. 10 BGB:

Verträge, die im Rahmen einer Vermarktungsform geschlossen werden, bei der der Unternehmer Verbrauchern, **die persönlich anwesend sind** oder denen **diese Möglichkeit gewährt wird**, Waren oder Dienstleistungen anbietet, und zwar **in einem vom Versteigerer durchgeführten, auf konkurrierenden Geboten basierenden transparenten Verfahren**, bei dem der Bieter, der den Zuschlag erhalten hat, zum Erwerb der Waren oder Dienstleistungen verpflichtet ist (**öffentlich zugängliche Versteigerung**).

Legaldefinition der „Ware“ in § 241a Abs. 1 BGB:

„Bewegliche(...) Sachen, die nicht auf Grund von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen oder anderen gerichtlichen Maßnahmen verkauft werden (**Waren**)“

Versteigerung aufgrund **gerichtlicher** oder **behördlicher Zwangsvollstreckungsmaßnahmen**

→ § 806 ZPO bzw. § 283 AO (genereller Ausschluss von Gewährleistungsansprüchen)

Unternehmer
bei einem
Dienstleistung

des
hen
n.

Unternehmer
auch bei
ung durch

des
erung (§
re und
ht gelten,

Gesetz zur Regelung des Verkaufs von Sachen mit digitalen Elementen und anderer Aspekte des Kaufvertrags vom 25.6.2021

- ▶ Änderungen im **allgemeinen Kaufrecht**:
 - ▶ Neudefinition des Sachmangelbegriffs in § 434 BGB → **Kumulation von objektivem und subjektivem Fehlerbegriff** (→ Art. 5 WKRL)
 - ▶ Änderungen und Klarstellungen beim **Inhalt des Nacherfüllungsanspruchs**
 - ▶ Angleichung des **Lieferantenregresses** an die update-Pflicht im Verbrauchsgüterkaufrecht und der **Verjährung**

- ▶ Umsetzung im **Verbrauchsgüterkaufrecht**:
 - ▶ **Anwendungsbereich** (§ 474 BGB)
 - ▶ **Anwendbare Vorschriften** (§ 475 BGB)
 - ▶ Abgrenzung zu **Verbraucherverträgen über digitale Produkte** (§§ 327a II, III; 475a BGB)
 - ▶ Sachmangel einer **Ware mit digitalen Elementen** (§ 475b, c BGB)
 - ▶ Geringere Voraussetzungen für **Sekundäransprüche** - Entbehrlichkeit von Fristsetzungen (§ 475d BGB)
 - ▶ Sonderregelungen für **Verjährung/Ablaufhemmung** (§ 475e BGB)
 - ▶ Begrenzungen für **abweichende Vereinbarungen** (§ 476 BGB)
 - ▶ **Beweislastumkehr** für Sachmängel (§ 477 BGB)

§ 475 BGB: Anwendbare Vorschriften

- ▶ **§ 475 Abs. 1 BGB:** Leistungszeit → **unverändert: „unverzüglich“**
- ▶ **§ 475 Abs. 2 BGB:** Gefahrtragung beim **Versendungsverkauf** → unveränderter de facto-Ausschluss von **§ 447 BGB**
- ▶ **§ 475 Abs. 3 S. 1 BGB:** Kein Nutzungsersatz bei Nacherfüllung → **unverändert**
- ▶ **§ 475 Abs. 3 S. 2 BGB:** Ausschluss (auch) von **§ 442 BGB** → **kein Ausschluss von Gewährleistungsrechten bei positiver Mangelkenntnis des Verbrauchers** → **Ausschluss nur im Rahmen von § 476 BGB**
- ▶ **§ 475 Abs. 4 BGB:** **Vorschussanspruch** für Nacherfüllungskosten (bisher Abs. 6)
- ▶ **§ 475 Abs. 5 BGB:** **Zeitraum und Art der Nacherfüllung** → Rechtsfolgen in Bezug auf **Fristsetzungserfordernisse** in § 475d BGB sowie **Haftung nach § 280 Abs. 1 BGB** für Schäden durch „erhebliche Unannehmlichkeiten“
- ▶ **§ 475 Abs. 6 BGB:** Bei **Rücktritt** und **Schadensersatz statt der ganzen Leistung** (s. § 281 Abs. 5 BGB)
 - Modifikation von § 346 BGB: Unternehmer trägt die **Kosten der Rückgabe.**
 - Modifikation von §§ 348, 320 BGB: **Nachweis der Absendung** genügt für die **Durchsetzbarkeit des Anspruchs auf Rückzahlung** des Kaufpreises
- ▶ **Wegfall von § 475 Abs. 4 BGB a.F.:** Kein Ausschluss des Totalverweigerungsrechts, keine Begrenzung der Aus- und Wiedereinbaukosten.

§ 475 BGB: Anwendbare Vorschriften

§ 475 Abs. 5 BGB n.F.:

Der Unternehmer hat die Nacherfüllung innerhalb einer angemessenen Frist ab dem Zeitpunkt, zu dem der Verbraucher ihn über den Mangel unterrichtet hat, und ohne erhebliche Unannehmlichkeiten für den Verbraucher durchzuführen, wobei die Art der Ware sowie der Zweck, für den der Verbraucher die Ware benötigt, zu berücksichtigen sind.

- ▶ Verletzung begründet **bei erfolgreicher Nacherfüllung** kein Rücktritts- oder Minderungsrecht (BT-Drs. 19/27424)
- ▶ Schadensersatz nach § 280 Abs. 1 BGB bzw. §§ 280 Abs. 1, 2, 286 BGB
- ▶ Relevant für die **Entbehrlichkeit der Fristsetzung** gem. § 475d Abs. 1 Nr. 1, 4, 5 BGB n.F.

§ 475 BGB: Anwendbare Vorschriften

- ▶ **§ 475 Abs. 1 BGB:** Leistungszeit → **unverändert: „unverzüglich“**
- ▶ **§ 475 Abs. 2 BGB:** Gefahrtragung beim **Versendungsverkauf** → unveränderter de facto-**Ausschluss von § 447 BGB**
- ▶ **§ 475 Abs. 6 BGB:**
 - ▶ ¹Im Fall des Rücktritts oder des Schadensersatzes statt der ganzen Leistung wegen eines Mangels der Ware ist § 346 mit der Maßgabe anzuwenden, dass der Unternehmer die Kosten der Rückgabe der Ware trägt. ²§ 348 ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass der Nachweis des Verbrauchers über die Rücksendung der Rückgewähr der Ware gleichsteht.
Schaden durch „erhebliche Unannehmlichkeiten“
 - ▶ **§ 475 Abs. 6 BGB:** Bei **Rücktritt** und **Schadensersatz statt der ganzen Leistung** (s. § 281 Abs. 5 BGB)
 - S. 1: Modifikation von § 346 BGB: Unternehmer trägt die **Kosten der Rückgabe**.
 - S. 2: Modifikation von §§ 348, 320 BGB: **Nachweis der Absendung** genügt für die **Durchsetzbarkeit des Anspruchs auf Rückzahlung** des Kaufpreises
- ▶ **Wegfall von § 475 Abs. 4 BGB a.F.:** Kein Ausschluss des „Totalverweigerungsrechts“, keine Begrenzung der Aus- und Wiedereinbaukosten.

ert
s von
→ **Ausschluss**
s. 6)
Bezug auf
1 BGB für

Gesetz zur Regelung des Verkaufs von Sachen mit digitalen Elementen und anderer Aspekte des Kaufvertrags vom 25.6.2021

- ▶ Änderungen im **allgemeinen Kaufrecht**:
 - ▶ Neudefinition des Sachmangelbegriffs in § 434 BGB → **Kumulation von objektivem und subjektivem Fehlerbegriff** (→ Art. 5 WKRL)
 - ▶ Änderungen und Klarstellungen beim **Inhalt des Nacherfüllungsanspruchs**
 - ▶ Angleichung des **Lieferantenregresses** an die update-Pflicht im Verbrauchsgüterkaufrecht und der **Verjährung**

- ▶ Umsetzung im **Verbrauchsgüterkaufrecht**:
 - ▶ **Anwendungsbereich** (§ 474 BGB)
 - ▶ **Anwendbare Vorschriften** (§ 475 BGB)
 - ▶ Abgrenzung zu **Verbraucherverträgen über digitale Produkte** (§§ 327a II, III; 475a BGB)
 - ▶ Sachmangel einer **Ware mit digitalen Elementen** (§ 475b, c BGB)
 - ▶ Geringere Voraussetzungen für **Sekundäransprüche** - Entbehrlichkeit von Fristsetzungen (§ 475d BGB)
 - ▶ Sonderregelungen für **Verjährung/Ablaufhemmung** (§ 475e BGB)
 - ▶ Begrenzungen für **abweichende Vereinbarungen** (§ 476 BGB)
 - ▶ **Beweislastumkehr** für Sachmängel (§ 477 BGB)

Verbrauchsgüterkaufvertrag über digitale Produkte (§ 475a BGB n.F.)

§ 475a BGB Verbrauchsgüterkaufvertrag über digitale Produkte

(1) ¹Auf einen Verbrauchsgüterkaufvertrag, welcher einen **körperlichen Datenträger** zum Gegenstand hat, **der ausschließlich als Träger digitaler Inhalte** dient, sind § 433 Absatz 1 Satz 2, die §§ 434 bis 442, 475 Absatz 3 Satz 1, Absatz 4 bis 6, die §§ 475b bis 475e und die §§ 476 und 477 über die Rechte bei Mängeln **nicht anzuwenden**. ²An die Stelle der nach Satz 1 nicht anzuwendenden Vorschriften treten die Vorschriften des **Abschnitts 3 Titel 2a Untertitel 1**.

(2) ¹Auf einen **Verbrauchsgüterkaufvertrag über eine Ware**, die in einer Weise **digitale Produkte enthält oder mit digitalen Produkten verbunden ist**, dass die Ware ihre **Funktionen auch ohne diese digitalen Produkte erfüllen kann**, sind im Hinblick auf **diejenigen Bestandteile des Vertrags, welche die digitalen Produkte betreffen**, die folgenden Vorschriften **nicht** anzuwenden:

1. § 433 Absatz 1 Satz 1 und § 475 Absatz 1 über die Übergabe der Kaufsache und die Leistungszeit sowie
2. § 433 Absatz 1 Satz 2, die §§ 434 bis 442, 475 Absatz 3 S. 1, Absatz 4 bis 6, die §§ 475b bis 475e und die §§ 476 und 477 über die Rechte bei Mängeln.

²An die Stelle der nach Satz 1 nicht anzuwendenden Vorschriften treten die **Vorschriften des Abschnitts 3 Titel 2a Untertitel 1**.

Verbrauchsgüterkaufvertrag über digitale Produkte (§ 475a BGB n.F.)

§ 475a BGB Verbrauchsgüterkaufvertrag über digitale Produkte

(1) ¹Auf einen Verbrauchsgüterkaufvertrag, welcher einen **körperlichen Datenträger** zum Gegenstand hat, **der ausschließlich als Träger digitaler Inhalte** dient, sind § 433 Absatz 1 Satz 2, die §§ 434 bis 442, 475 Absatz 3 Satz 1, Absatz 4 bis 6, die §§ 475b bis 475e und die §§ 476 und 477 über die Rechte bei Mängeln **nicht anzuwenden**. ²An die Stelle der nach Satz 1 nicht anzuwendenden Vorschriften treten die Vorschriften des **Abschnitts 3 Titel 2a Untertitel 1**.

(2) ¹Auf einen **Verbrauchsgüterkaufvertrag über eine Ware**, die in einer Weise **digitale Produkte enthält oder mit digitalen Produkten verbunden ist**, dass die Ware ihre **Funktionen auch ohne diese digitalen Produkte erfüllen kann**, sind im Hinblick auf **diejenigen Bestandteile des Vertrags, welche die digitalen Produkte betreffen**, die folgenden Vorschriften **nicht** anzuwenden:

1. § 433 Absatz 1 Satz 1 und § 475 Absatz 1 über die Übergabe der Kaufsache und die Leistungszeit sowie

2. § 433 Absatz 1 Satz 2, die §§ 434 bis 442, 475 Absatz 3 S. 1, Absatz 4 bis 6, die §§ 475b bis 475e und die §§ 476 und 477 über die Rechte bei Mängeln.

²An die Stelle der nach Satz 1 nicht anzuwendenden Vorschriften treten die **Vorschriften des Abschnitts 3 Titel 2a Untertitel 1**.

Verbrauchsgüterkaufvertrag über digitale Produkte (§ 475a BGB n.F.)

§ 327 Abs. 1 BGB: Legaldefinition „digitale Produkte“

(1) ¹Die Vorschriften dieses Untertitels sind auf Verbraucherverträge anzuwenden, welche die **Bereitstellung digitaler Inhalte oder digitaler Dienstleistungen (digitale Produkte)** durch den Unternehmer gegen Zahlung eines Preises zum Gegenstand haben. ²Preis im Sinne dieses Untertitels ist auch eine digitale Darstellung eines Werts.

träger zum
33 Absatz 1
475e und die
e der nach
ts 3 Titel 2a

(2) ¹Auf einen **Verbrauchsgüterkaufvertrag über eine Ware**, die in einer Weise **digitale**

▶ **Digitale Inhalte** und **digitale Dienstleistungen** (§ 327 Abs. 1 BGB)

▶ **Digitale Inhalte** (§ 327 Abs. 2 S. 1 BGB): Digital erstellte und bereitgestellte Daten

→ z.B. **Computerprogramme** einschließlich so genannter Apps auf Mobilgeräten, **Video- und Audiodateien, Musikdateien, digitale Spiele**, elektronische Bücher; **Datenbanken, Dateihosting, Streamingdienste** (Netflix, Spotify etc.)

▶ **Digitale Dienstleistungen** (§ 327 Abs. 2 S. 2 BGB): Dienstleistungen, welche die **Erstellung**, die **Verarbeitung** oder die **Speicherung** von Daten in digitaler Form oder den **Zugang zu solchen Daten** oder die **gemeinsame Nutzung** der vom Verbraucher oder von anderen Nutzern der entsprechenden Dienstleistung in digitaler Form hochgeladenen oder erstellten Daten oder sonstige Interaktionen mit diesen Daten ermöglichen.

→ z.B. **Dateihosting, Social Media** (Instagram, facebook, TikTok etc.) und **Messenger-Dienste** (WhatsApp, facebook-messenger, Threema etc.); Verkaufs-, Buchungs-, Vermittlungs- und Bewertungsplattformen

Verbrauchsgüterkaufvertrag über digitale Produkte (§ 475a BGB n.F.)

§ 475a BGB Verbrauchsgüterkaufvertrag über digitale Produkte

(1) ¹Auf einen Verbrauchsgüterkaufvertrag, welcher einen **körperlichen Datenträger** zum Gegenstand hat, **der ausschließlich als Träger digitaler Inhalte** dient, sind § 433 Absatz 1 Satz 2, die §§ 434 bis 442, 475 Absatz 3 Satz 1, Absatz 4 bis 6, die §§ 475b bis 475e und die §§ 476 und 477 über die Rechte bei Mängeln **nicht anzuwenden**. ²An die Stelle der nach Satz 1 nicht anzuwendenden Vorschriften treten die Vorschriften des **Abschnitts 3 Titel 2a Untertitel 1**.

Ratio legis:

► **Abs. 1:** Beim **Verbrauchsgüterkauf digitaler Produkte** soll nicht danach unterschieden werden, ob die Übermittlung online oder auf Datenträger erfolgt.

→ Daher **Verweis auf §§ 327 ff BGB!**

→ Parallelregelung in § 327 Abs. 5 BGB → Anwendbarkeit der §§ 327 ff **ohne § 327b BGB (Leistungszeit und Art und Weise der Bereitstellung → § 271, 433 Abs. 1 S. 1 BGB)** und § 327c BGB → Anwendbarkeit des **allgemeinen Leistungsstörungenrechts** bei Verspätung der Leistung!

► **Abs. 2: Bei Waren mit nicht notwendigen digitalen Produkten wird das Gewährleistungsregime aufgespalten:**

- für **Mängel an digitalen Produkten** gelten die §§ 327 ff BGB (= Umsetzungsregelungen der Digitale Inhalte-Richtlinie)
- für **Mängel der Ware** gilt das (Verbrauchsgüter-)Kaufrecht

Bsp.: Cloud-Anbindung von Waren, Navigationssoftware und Assistenzsysteme bei Kfz., smarte Haushaltsgeräte etc.

(2) ¹Auf einen **Verbrauchsgüterkaufvertrag über eine Ware**, die in einer Weise **digitale Produkte enthält oder mit digitalen Produkten verbunden ist**, dass die Ware ihre Funktionen **auch ohne** diese digitalen Produkte erfüllen kann, sind **im Hinblick auf diejenigen Bestandteile des Vertrags, welche die digitalen Produkte betreffen**, die folgenden Vorschriften **nicht** anzuwenden:

1. § 433 Absatz 1 Satz 1 und § 475 Absatz 1 über die Übergabe der Kaufsache und die Leistungszeit sowie
2. § 433 Absatz 1 Satz 2, die **§§ 434 bis 442**, 475 Absatz 3 S. 1, Absatz 4 bis 6, die §§ 475b bis 475e und die §§ 476 und 477 über die Rechte bei Mängeln.

²**An die Stelle der nach Satz 1 nicht anzuwendenden Vorschriften treten die Vorschriften des Abschnitts 3 Titel 2a Untertitel 1.**

- Statt § 433 I 1 → § 327b III BGB (Bereitstellung statt Übergabe und Eigentumsverschaffung)
- Statt § 475 I → § 327 b II BGB („unverzüglich“)
- Statt §§ 433 I 2, 434 – 442 BGB (**Gewährleistung**), 475 II 1, IV – VI BGB (**Gefahrtragung, Nacherfüllung, Rückgewähr**) → §§ 327d – 327u BGB

Gesetz zur Regelung des Verkaufs von Sachen mit digitalen Elementen und anderer Aspekte des Kaufvertrags vom 25.6.2021

- ▶ Änderungen im **allgemeinen Kaufrecht**:
 - ▶ Neudefinition des Sachmangelbegriffs in § 434 BGB → **Kumulation von objektivem und subjektivem Fehlerbegriff** (→ Art. 5 WKRL)
 - ▶ Änderungen und Klarstellungen beim **Inhalt des Nacherfüllungsanspruchs**
 - ▶ Angleichung des **Lieferantenregresses** an die update-Pflicht im Verbrauchsgüterkaufrecht und der **Verjährung**

- ▶ Umsetzung im **Verbrauchsgüterkaufrecht**:
 - ▶ **Anwendungsbereich** (§ 474 BGB)
 - ▶ **Anwendbare Vorschriften** (§ 475 BGB)
 - ▶ Abgrenzung zu **Verbraucherverträgen über digitale Produkte** (§§ 327a II, III; 475a BGB)
 - ▶ Sachmangel einer **Ware mit digitalen Elementen** (§ 475b, c BGB)
 - ▶ Geringere Voraussetzungen für **Sekundäransprüche** - Entbehrlichkeit von Fristsetzungen (§ 475d BGB)
 - ▶ Sonderregelungen für **Verjährung/Ablaufhemmung** (§ 475e BGB)
 - ▶ Begrenzungen für **abweichende Vereinbarungen** (§ 476 BGB)
 - ▶ **Beweislastumkehr** für Sachmängel (§ 477 BGB)

Sachmangel einer Ware mit digitalen Elementen (§ 475b BGB n.F.)

§ 475b Sachmangel einer Ware mit digitalen Elementen (m.W.v. 1.1.2022)

- (1) Für den Kauf einer **Ware mit digitalen Elementen** (§ 327a Absatz 3 Satz 1), bei dem sich der Unternehmer verpflichtet, dass er oder ein Dritter die digitalen Elemente bereitstellt, gelten **ergänzend die Regelungen dieser Vorschrift**. Hinsichtlich der Frage, **ob die Verpflichtung des Unternehmers die Bereitstellung der digitaler Inhalte oder digitalen Dienstleistungen umfasst, gilt § 327a Absatz 3 Satz 2**.
- (2) Eine Ware mit digitalen Elementen ist frei von Sachmängeln, wenn sie **bei Gefahrübergang** und in Bezug auf eine **Aktualisierungspflicht** auch während des Zeitraums nach Absatz 3 Nummer 2 und Absatz 4 Nummer 2 den **subjektiven Anforderungen**, den **objektiven Anforderungen**, den **Montageanforderungen** und den **Installationsanforderungen** entspricht.
- (3) Eine Sache Ware mit digitalen Elementen entspricht den **subjektiven Anforderungen**, wenn
 1. sie den Anforderungen des **§ 434 Absatz 2** entspricht und
 2. für die digitalen Elemente die im Kaufvertrag **vereinbarten Aktualisierungen während des nach dem Vertrag maßgeblichen Zeitraums bereitgestellt werden**.
- (4) Eine Ware mit digitalen Elementen entspricht den **objektiven Anforderungen**, wenn
 1. sie den Anforderungen des **§ 434 Absatz 3** entspricht und
 2. dem Verbraucher während des Zeitraums, den er aufgrund der Art und des Zwecks der Ware und ihrer digitalen Elemente sowie unter Berücksichtigung der Umstände und der Art des Vertrags erwarten kann, **Aktualisierungen bereitgestellt werden, die für den Erhalt der Vertragsmäßigkeit der Ware erforderlich** sind, und der Verbraucher über diese Aktualisierungen informiert wird.
- (5) Unterlässt es der Verbraucher, eine Aktualisierung, die ihm gemäß Absatz 4 bereitgestellt worden ist, innerhalb einer angemessenen Frist zu installieren, so haftet der Unternehmer nicht für einen Sachmangel, der allein auf das Fehlen dieser Aktualisierung zurückzuführen ist, wenn
 1. der Unternehmer den Verbraucher über die Verfügbarkeit der Aktualisierung und die Folgen einer unterlassenen Installation informiert hat und
 2. die Tatsache, dass der Verbraucher die Aktualisierung nicht oder unsachgemäß installiert hat, nicht auf eine dem Verbraucher bereitgestellte mangelhafte Installationsanleitung zurückzuführen ist.
- (6) Soweit eine **Montage oder eine Installation** durchzuführen ist, entspricht eine Ware mit digitalen Elementen
 1. den Montageanforderungen, wenn sie den Anforderungen des § 434 Absatz 4 entspricht, und
 2. den Installationsanforderungen, wenn die Installation
 - a) der digitalen Elemente sachgemäß durchgeführt worden ist, oder
 - b) zwar unsachgemäß durchgeführt worden ist, dies jedoch weder auf einer unsachgemäßen Installation durch den Unternehmer noch auf einem Mangel der Anleitung beruht, die der Unternehmer oder derjenige übergeben hat, der die digitalen Elemente bereitgestellt hat.

Sachmangel einer Ware mit digitalen Elementen (§ 475b BGB n.F.)

§ 475b Sachmangel einer Ware mit digitalen Elementen (m.W.v. 1.1.2022)

- (1) Für den Kauf einer **Ware mit digitalen Elementen** (§ 327a Absatz 3 Satz 1), bei dem sich der Unternehmer verpflichtet, dass er oder ein Dritter die digitalen Elemente bereitstellt, gelten **ergänzend die Regelungen dieser Vorschrift**. Hinsichtlich der Frage, **ob die Verpflichtung des Unternehmers die Bereitstellung der digitaler Inhalte oder digitalen Dienstleistungen umfasst, gilt § 327a Absatz 3 Satz 2.**
- (2) Eine Ware mit digitalen Elementen ist ein **Sachmangel**, wenn der Unternehmer die **Verpflichtung** auch während der **Garanzzeit** **objektiven Anforderungen** entspricht.
- (3) Eine Sache Ware mit digitalen Elementen ist ein **Sachmangel**, wenn der Unternehmer die **Verpflichtung** auch während der **Garanzzeit** **objektiven Anforderungen** entspricht.
- (4) Eine Ware mit digitalen Elementen ist ein **Sachmangel**, wenn der Unternehmer die **Verpflichtung** auch während der **Garanzzeit** **objektiven Anforderungen** entspricht.
- (5) Unterlässt es der Unternehmer, die **Verpflichtung** auch während der **Garanzzeit** **objektiven Anforderungen** entspricht.
- (6) Soweit eine **Montage** oder **Installation** erforderlich ist, ist die Sache ein **Sachmangel**, wenn der Unternehmer die **Verpflichtung** auch während der **Garanzzeit** **objektiven Anforderungen** entspricht.

§ 327a Abs. 3 S. 1 BGB

... Kaufverträge über Waren, die in einer Weise digitale Produkte enthalten oder mit ihnen verbunden sind, dass die Waren **ihre Funktionen ohne diese digitalen Produkte nicht erfüllen können (Waren mit digitalen Elementen)**.

§ 327a Abs. 3 S. 2 BGB

Beim Kauf einer Ware mit digitalen Elementen ist **im Zweifel anzunehmen**, dass die Verpflichtung des Verkäufers die Bereitstellung der digitalen Inhalte oder digitalen Dienstleistungen **umfasst**.

Sachmangel einer Ware mit digitalen Elementen (§ 475b BGB n.F.)

▶ Gilt nur im Verhältnis **Unternehmer/Verbraucher**

▶ **Notwendigkeit zur Funktion der Ware („funktionales Kriterium“)**

Die Ware muss ihre **Grundfunktionen** (nicht lediglich bestimmte *features*) ohne die digitalen Produkte **nicht erfüllen können**, z.B. Betriebssysteme für Smartphones, Kameras, Router etc.

→ Im Einzelnen noch str. („ihre Funktionen“)

→ problematisch, wenn die Ware auch ohne digitales Produkt (mit eingeschränkter Funktionalität) noch funktionsfähig ist.

→ Richtigerweise muss auf eine **objektive Betrachtung** abgestellt werden, was zu einem eher **engen Anwendungsbereich** von § 475b BGB führt.

▶ **Sonst: Gespaltene Anwendung der §§ 327 ff und der § 434 ff BGB** (→ § 327a Abs. 2, § 475a Abs. 2 BGB) → Gesamtbeendigung des Vertrags dann gem. § 327m Abs. 5 BGB.

§ 327m Abs. 5 BGB:

Sofern der Verbraucher den Vertrag nach Absatz 1 beenden kann, kann er sich im Hinblick auf alle Bestandteile eines Vertrags nach § 327a Absatz 2 vom Vertrag lösen, wenn aufgrund des Mangels des digitalen Produkts sich die Sache nicht zur gewöhnlichen Verwendung eignet.

Sachmangel einer Ware mit digitalen Elementen (§ 475b BGB n.F.)

§ 475b Sachmangel einer Ware mit digitalen Elementen (m.W.v. 1.1.2022)

- (1) Für den Kauf einer **Ware mit digitalen Elementen** (§ 327a Absatz 3 Satz 1), bei dem sich der Unternehmer verpflichtet, dass er oder ein Dritter die digitalen Elemente bereitstellt, gelten **ergänzend die Regelungen dieser Vorschrift**. Hinsichtlich der Frage, **ob die Verpflichtung des Unternehmers die Bereitstellung der digitaler Inhalte oder digitalen Dienstleistungen umfasst, gilt § 327a Absatz 3 Satz 2**.
- (2) Eine Ware mit digitalen Elementen ist frei von Sachmängeln, wenn sie **bei Gefahrübergang** und in Bezug auf eine **Aktualisierungspflicht** auch während des Zeitraums nach Absatz 3 Nummer 2 und Absatz 4 Nummer 2 den **subjektiven Anforderungen**, den **objektiven Anforderungen**, den **Montageanforderungen** und den **Installationsanforderungen** entspricht.
- (3) Eine Sache Ware mit digitalen Elementen entspricht den **subjektiven Anforderungen**, wenn
 1. sie den Anforderungen des **§ 434 Absatz 2** entspricht und
 2. für die digitalen Elemente die im Kaufvertrag **vereinbarten Anforderungen** während des nach dem Vertrag festzulegenden Zeitraums bereitgestellt werden.
- (4) Eine Ware mit digitalen Elementen entspricht den **objektiven Anforderungen**, wenn
 1. sie den Anforderungen des **§ 434 Absatz 1** entspricht und
 2. dem Verbraucher eine Aktualisierung innerhalb einer angemessenen Frist zur Verfügung gestellt wird, die dem Verbraucher unter Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalles für den Verbraucher zumutbar ist.
- (5) Unterlässt es der Verbraucher, eine Aktualisierung, die ihm gemäß Absatz 4 bereitgestellt worden ist, innerhalb einer angemessenen Frist zu installieren, so haftet der Unternehmer nicht für einen Sachmangel, der allein auf das Fehlen dieser Aktualisierung zurückzuführen ist, wenn
 1. der Unternehmer den Verbraucher über die Verfügbarkeit der Aktualisierung und die Folgen einer unterlassenen Installation informiert hat und
 2. die Tatsache, dass der Verbraucher die Aktualisierung nicht oder unsachgemäß installiert hat, nicht auf eine dem Verbraucher bereitgestellte mangelhafte Installationsanleitung zurückzuführen ist.
- (6) Soweit eine **Montage oder eine Installation** durchzuführen ist, entspricht eine Ware mit digitalen Elementen
 1. den Montageanforderungen, wenn sie den Anforderungen des § 434 Absatz 4 entspricht, und
 2. den Installationsanforderungen, wenn die Installation
 - a) der digitalen Elemente sachgemäß durchgeführt worden ist, oder
 - b) zwar unsachgemäß durchgeführt worden ist, dies jedoch weder auf einer unsachgemäßen Installation durch den Unternehmer noch auf einem Mangel der Anleitung beruht, die der Unternehmer oder derjenige übergeben hat, der die digitalen Elemente bereitgestellt hat.

**Kumulation des objektiven
subjektiven Fehlerbegriffes
§ 434 Abs. 1 BGB**

Aktualisierungspflicht

Sachmangel einer Ware mit digitalen Elementen (§ 475b BGB n.F.)

Wesentliche Ergänzung vom allgemeinen Sachmangelbegriff:

- ▶ **Aktualisierungspflicht:**
- ▶ **Subjektiv: Vereinbarte** Aktualisierungen müssen im **vereinbarten** Zeitraum bereitgestellt werden.
- ▶ **Objektiv:** Dem Verbraucher müssen „während des Zeitraums, den er aufgrund der Art und des Zwecks der Ware und ihrer digitalen Elemente sowie unter Berücksichtigung der Umstände und der Art des Vertrags **erwarten** kann, Aktualisierungen bereitgestellt werden, die für **den Erhalt der Vertragsmäßigkeit der Ware** erforderlich sind“ und über die Bereitstellung informiert werden.
- ▶ Bei Vereinbarung einer **dauerhaften Bereitstellung** digitaler Inhalte: Gem. § 475c BGB haftet der Unternehmer für mindestens 2 Jahre (oder einen längeren vereinbarten Zeitraum) für die **Sachmangelfreiheit**.
- ▶ **Keine Aufspaltung des Gewährleistungsregimes** → Anwendung von (Verbrauchsgüter)-Kaufrecht!

§ 475c BGB Sachmangel einer Sache Ware mit digitalen Elementen bei dauerhafter Bereitstellung der digitalen Elemente

(1) Ist beim Kauf einer Ware mit digitalen Elementen eine **dauerhafte Bereitstellung für die digitalen Elemente** vereinbart, so gelten ergänzend die Regelungen dieser Vorschrift. Haben die Parteien nicht bestimmt, wie lange die Bereitstellung andauern soll, so ist § 475b Absatz 4 Nummer 2 entsprechend anzuwenden.

(2) Der Unternehmer haftet über die §§ 434 und 475b hinaus auch dafür, dass die digitalen Elemente während des Bereitstellungszeitraums, **mindestens aber für einen Zeitraum von zwei Jahren ab der Ablieferung der Ware**, den Anforderungen des § 475b Absatz 2 entsprechen.

Gesetz zur Regelung des Verkaufs von Sachen mit digitalen Elementen und anderer Aspekte des Kaufvertrags vom 25.6.2021

- ▶ Änderungen im **allgemeinen Kaufrecht**:
 - ▶ Neudefinition des Sachmangelbegriffs in § 434 BGB → **Kumulation von objektivem und subjektivem Fehlerbegriff** (→ Art. 5 WKRL)
 - ▶ Änderungen und Klarstellungen beim **Inhalt des Nacherfüllungsanspruchs**
 - ▶ Angleichung des **Lieferantenregresses** an die update-Pflicht im Verbrauchsgüterkaufrecht und der **Verjährung**

- ▶ Umsetzung im **Verbrauchsgüterkaufrecht**:
 - ▶ **Anwendungsbereich** (§ 474 BGB)
 - ▶ **Anwendbare Vorschriften** (§ 475 BGB)
 - ▶ Abgrenzung zu **Verbraucherverträgen über digitale Produkte** (§§ 327a II, III; 475a BGB)
 - ▶ Sachmangel einer **Ware mit digitalen Elementen** (§ 475b, c BGB)
 - ▶ Geringere Voraussetzungen für **Sekundäransprüche - Entbehrlichkeit** von Fristsetzungen (§ 475d BGB)
 - ▶ Sonderregelungen für **Verjährung/Ablaufhemmung** (§ 475e BGB)
 - ▶ Begrenzungen für **abweichende Vereinbarungen** (§ 476 BGB)
 - ▶ **Beweislastumkehr** für Sachmängel (§ 477 BGB)

Voraussetzungen für Sekundäransprüche - § 475d BGB

§ 475d Sonderbestimmungen für Rücktritt und Schadensersatz

(1) Für einen **Rücktritt** wegen eines Mangels der Ware bedarf es der in § 323 Absatz 1 bestimmten **Fristsetzung** zur Nacherfüllung **abweichend von § 323 Absatz 2 und § 440 nicht**, wenn

1. der Unternehmer die Nacherfüllung trotz Ablaufs einer angemessenen Frist ab dem Zeitpunkt, **zu dem der Verbraucher ihn über den Mangel unterrichtet hat**, nicht vorgenommen hat,
2. sich trotz der vom Unternehmer versuchten Nacherfüllung ein Mangel zeigt,
3. der Mangel derart schwerwiegend ist, dass der sofortige Rücktritt gerechtfertigt ist,
4. der Unternehmer die gemäß § 439 Absatz 1 oder 2 oder § 475 Absatz 5 ordnungsgemäße Nacherfüllung **verweigert** hat oder
5. es nach den Umständen **offensichtlich** ist, dass der Unternehmer nicht gemäß § 439 Absatz 1 oder 2 oder § 475 Absatz 5 ordnungsgemäß nacherfüllen wird.

(2) ¹Für einen Anspruch auf **Schadensersatz** wegen eines Mangels der Ware bedarf es der in § 281 Absatz 1 bestimmten Fristsetzung in den in Absatz 1 bestimmten Fällen nicht. ²**§ 281 Absatz 2 und § 440 sind nicht anzuwenden.**

Voraussetzungen für Sekundäransprüche - § 475d BGB

- ▶ Die Regelung ist **lex specialis** zu § 281 Abs. 2 (s. Abs. 2), § 323 Abs. 2 und § 440 BGB
- ▶ **Abweichungen:**
 - ▶ Nr. 1: **Kein** Erfordernis der **Nacherfüllungsverlangens** → lediglich „Unterrichtung“
 - ▶ Nr. 2: **„Scheitern“** der Nacherfüllung schon nach dem ersten Versuch?
 - ▶ Nr. 3: **Schwerwiegender Mangel**
 - ▶ Nr. 4: **Verweigerung der ordnungsgemäßen Nacherfüllung** iSv § 439 Abs. 1 BGB (Nichtvornahme), § 439 Abs. 2 BGB (Verweigerung des Kostenersatzes oder der Kostentragung), § 475 Abs. 5 BGB (Angemessener Zeitraum, keine erheblichen Unannehmlichkeiten → **„ernsthaft und endgültig“ nicht erforderlich!**
 - ▶ Nr. 5: **Offensichtlichkeit** der Umstände in Nr. 4 (ohne Notwendigkeit einer Verweigerung)

Voraussetzungen für Sekundäransprüche - § 475d BGB

- ▶ Die Regelung ist **lex specialis** zu § 281 Abs. 2 (s. Abs. 2), § 323 Abs. 2 und § 440 BGB
- ▶ **Abweichungen:**
 - ▶ Nr. 1: **Kein** Erfordernis der **Nacherfüllungsverlangens** → lediglich „Unterrichtung“
 - ▶ Nr. 2: **„Scheitern“** der Nacherfüllung schon nach dem ersten Versuch?

Erw. 52 Warenkauf-RI.:

In bestimmten Fällen **könnte es gerechtfertigt sein**, dass der Verbraucher Anspruch auf eine sofortige Preisminderung oder Beendigung des Vertrags haben sollte. Wenn der Verkäufer Schritte unternommen hat, um den vertragsgemäßen Zustand der Waren herzustellen, anschließend jedoch eine Vertragswidrigkeit offenbar wird, **sollte objektiv bestimmt werden, ob der Verbraucher weitere Bemühungen des Verkäufers, den vertragsgemäßen Zustand der Waren herzustellen, akzeptieren sollte**, wobei alle Umstände des Falles wie Art und Wert der Waren und Art und Bedeutung der Vertragswidrigkeit zu berücksichtigen sind. **Insbesondere bei teuren oder komplexen Waren könnte es gerechtfertigt sein, dem Verkäufer einen weiteren Versuch zur Behebung der Vertragswidrigkeit zu gestatten.** Außerdem sollte berücksichtigt werden, ob vom Verbraucher erwartet werden kann, dass er weiterhin darauf vertraut, dass der Verkäufer in der Lage ist, den vertragsgemäßen Zustand der Waren herzustellen, beispielsweise weil dasselbe Problem zum zweiten Mal auftritt. Gleichermaßen könnte die Vertragswidrigkeit in bestimmten Fällen so schwerwiegend sein, dass der Verbraucher nicht mehr darauf vertrauen kann, dass der Verkäufer in der Lage ist, den vertragsgemäßen Zustand der Waren herzustellen, beispielsweise wenn die Vertragswidrigkeit die Möglichkeit des Verbrauchers zur normalen Verwendung der Waren ernsthaft beeinträchtigt und von ihm nicht erwartet werden kann, darauf zu vertrauen, dass eine Nachbesserung oder Ersatzlieferung durch den Verkäufer dem Problem abhelfen würde.

Gesetz zur Regelung des Verkaufs von Sachen mit digitalen Elementen und anderer Aspekte des Kaufvertrags vom 25.6.2021

- ▶ Änderungen im **allgemeinen Kaufrecht**:
 - ▶ Neudefinition des Sachmangelbegriffs in § 434 BGB → **Kumulation von objektivem und subjektivem Fehlerbegriff** (→ Art. 5 WKRL)
 - ▶ Änderungen und Klarstellungen beim **Inhalt des Nacherfüllungsanspruchs**
 - ▶ Angleichung des **Lieferantenregresses** an die update-Pflicht im Verbrauchsgüterkaufrecht und der **Verjährung**

- ▶ Umsetzung im **Verbrauchsgüterkaufrecht**:
 - ▶ **Anwendungsbereich** (§ 474 BGB)
 - ▶ **Anwendbare Vorschriften** (§ 475 BGB)
 - ▶ Abgrenzung zu **Verbraucherverträgen über digitale Produkte** (§§ 327a II, III; 475a BGB)
 - ▶ Sachmangel einer **Ware mit digitalen Elementen** (§ 475b, c BGB)
 - ▶ Geringere Voraussetzungen für **Sekundäransprüche - Entbehrlichkeit** von Fristsetzungen (§ 475d BGB)
 - ▶ Sonderregelungen für **Verjährung/Ablaufhemmung** (§ 475e BGB)
 - ▶ Begrenzungen für **abweichende Vereinbarungen** (§ 476 BGB)
 - ▶ **Beweislastumkehr** für Sachmängel (§ 477 BGB)

Sonderregelung über die Verjährung (§ 475e BGB n.F.)

§ 475e Sonderbestimmungen für die Verjährung

(1) Im Fall der **dauerhaften Bereitstellung digitaler Elemente** nach § 475c Absatz 1 Satz 1 verjähren Ansprüche wegen eines Mangels an den digitalen Elementen nicht vor dem Ablauf von **zwölf Monaten nach dem Ende des Bereitstellungszeitraums**.

(2) Ansprüche wegen einer Verletzung der Aktualisierungspflicht nach § 475b Absatz 3 oder 4 verjähren nicht vor dem Ablauf von **zwölf Monaten nach dem Ende des Zeitraums der Aktualisierungspflicht**.

(3) Hat sich ein Mangel innerhalb der Verjährungsfrist gezeigt, so tritt die Verjährung **nicht vor dem Ablauf von vier Monaten nach dem Zeitpunkt ein, in dem sich der Mangel erstmals gezeigt hat**.

(4) Hat der Verbraucher zur Nacherfüllung oder zur Erfüllung von Ansprüchen aus einer Garantie die Ware dem Unternehmer oder auf Veranlassung des Unternehmers einem Dritten übergeben, so tritt die Verjährung von Ansprüchen wegen des geltend gemachten Mangels **nicht vor dem Ablauf von zwei Monaten nach dem Zeitpunkt ein, in dem die nachgebesserte oder ersetzte Sache Ware dem Verbraucher übergeben wurde**.

Gesetz zur Regelung des Verkaufs von Sachen mit digitalen Elementen und anderer Aspekte des Kaufvertrags vom 25.6.2021

- ▶ Änderungen im **allgemeinen Kaufrecht**:
 - ▶ Neudefinition des Sachmangelbegriffs in § 434 BGB → **Kumulation von objektivem und subjektivem Fehlerbegriff** (→ Art. 5 WKRL)
 - ▶ Änderungen und Klarstellungen beim **Inhalt des Nacherfüllungsanspruchs**
 - ▶ Angleichung des **Lieferantenregresses** an die update-Pflicht im Verbrauchsgüterkaufrecht und der **Verjährung**

- ▶ Umsetzung im **Verbrauchsgüterkaufrecht**:
 - ▶ **Anwendungsbereich** (§ 474 BGB)
 - ▶ **Anwendbare Vorschriften** (§ 475 BGB)
 - ▶ Abgrenzung zu **Verbraucherverträgen über digitale Produkte** (§§ 327a II, III; 475a BGB)
 - ▶ Sachmangel einer **Ware mit digitalen Elementen** (§ 475b, c BGB)
 - ▶ Geringere Voraussetzungen für **Sekundäransprüche - Entbehrlichkeit** von Fristsetzungen (§ 475d BGB)
 - ▶ Sonderregelungen für **Verjährung/Ablaufhemmung** (§ 475e BGB)
 - ▶ Begrenzungen für **abweichende Vereinbarungen** (§ 476 BGB)
 - ▶ **Beweislastumkehr** für Sachmängel (§ 477 BGB)

Abweichende Vereinbarungen, Umgehungsverbot (§ 476 BGB n.F.)

§ 476 BGB Abweichende Vereinbarungen

(1) Auf eine vor Mitteilung eines Mangels an den Unternehmer getroffene Vereinbarung, die zum Nachteil des Verbrauchers von den §§ 433 bis 435, 437, 439 bis 441 und 443 sowie von den Vorschriften dieses Untertitels abweicht, kann der Unternehmer sich nicht berufen. Von den Anforderungen nach § 434 Absatz 3 oder § 475b Absatz 4 kann vor Mitteilung eines Mangels an den Unternehmer durch Vertrag abgewichen werden, wenn

1. der Verbraucher vor der Abgabe seiner Vertragserklärung **eigens davon in Kenntnis gesetzt** wurde, dass ein bestimmtes Merkmal der Ware von den objektiven Anforderungen abweicht, und
2. die Abweichung im Sinne der Nummer 1 im Vertrag **ausdrücklich und gesondert vereinbart** wurde.

(2) Die Verjährung der in § 437 bezeichneten Ansprüche kann vor Mitteilung eines Mangels an den Unternehmer nicht durch Rechtsgeschäft erleichtert werden, wenn die Vereinbarung zu einer Verjährungsfrist ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn von weniger als zwei Jahren, bei gebrauchten Waren von weniger als einem Jahr führt. Die Vereinbarung ist nur wirksam, wenn

1. der Verbraucher vor der Abgabe seiner Vertragserklärung von der Verkürzung der Verjährungsfrist **eigens in Kenntnis gesetzt** wurde und
2. die Verkürzung der Verjährungsfrist im Vertrag **ausdrücklich und gesondert vereinbart** wurde.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten unbeschadet der §§ 307 bis 309 nicht für den Ausschluss oder die Beschränkung des Anspruchs auf Schadensersatz.

(4) Die Regelungen der Absätze 1 und 2 sind auch anzuwenden, wenn sie durch anderweitige Gestaltungen umgangen werden.

Abweichende Vereinbarungen, Umgehungsverbot (§ 476 BGB n.F.)

- ▶ Das Gewährleistungsrecht bleibt im Verhältnis Unternehmer/Verbraucher **grundsätzlich zwingend** (Abs. 1 S. 1).
- ▶ Spielraum für **negative Beschaffenheitsvereinbarungen** wird stark eingeschränkt → Information vor Vertragsschluss, ausdrückliche und gesonderte Vereinbarung (Abs. 1 S. 2).
- ▶ Bei **gebrauchten Sachen Verjährungsverkürzung** auf ein Jahr weiterhin möglich, aber erschwert → Information vor Vertragsschluss, ausdrückliche und gesonderte Vereinbarung (Abs. 2)
- ▶ **Keine Beschränkungen** für die Abbedingung **von Schadensersatzansprüchen** (Abs. 3)
 - ▶ Vorbehaltlich AGB-Prüfung!
 - ▶ **Beachte § 309 Nr. 7a, b BGB!**
- ▶ **Umgehungsverbot** (Abs. 4)

Gesetz zur Regelung des Verkaufs von Sachen mit digitalen Elementen und anderer Aspekte des Kaufvertrags vom 25.6.2021

- ▶ Änderungen im **allgemeinen Kaufrecht**:
 - ▶ Neudefinition des Sachmangelbegriffs in § 434 BGB → **Kumulation von objektivem und subjektivem Fehlerbegriff** (→ Art. 5 WKRL)
 - ▶ Änderungen und Klarstellungen beim **Inhalt des Nacherfüllungsanspruchs**
 - ▶ Angleichung des **Lieferantenregresses** an die update-Pflicht im Verbrauchsgüterkaufrecht und der **Verjährung**

- ▶ Umsetzung im **Verbrauchsgüterkaufrecht**:
 - ▶ **Anwendungsbereich** (§ 474 BGB)
 - ▶ **Anwendbare Vorschriften** (§ 475 BGB)
 - ▶ Abgrenzung zu **Verbraucherverträgen über digitale Produkte** (§§ 327a II, III; 475a BGB)
 - ▶ Sachmangel einer **Ware mit digitalen Elementen** (§ 475b, c BGB)
 - ▶ Geringere Voraussetzungen für **Sekundäransprüche - Entbehrlichkeit** von Fristsetzungen (§ 475d BGB)
 - ▶ Sonderregelungen für **Verjährung/Ablaufhemmung** (§ 475e BGB)
 - ▶ Begrenzungen für **abweichende Vereinbarungen** (§ 476 BGB)
 - ▶ **Beweislastumkehr** für Sachmängel (§ 477 BGB)

Beweislastumkehr

§ 477 a.F. Beweislastumkehr

Zeigt sich **innerhalb von sechs** Monaten seit Gefahrübergang ein Sachmangel, so wird vermutet, dass die Sache bereits bei Gefahrübergang mangelhaft war, es sei denn, diese Vermutung ist mit der Art der Sache oder des Mangels unvereinbar.

§ 477 n.F. (1.1.2022) Beweislastumkehr

(1) ¹Zeigt sich **innerhalb eines Jahres** seit Gefahrübergang ein von den Anforderungen nach § 434 oder § 475b abweichender **Zustand** der Ware, so wird vermutet, dass die Ware bereits bei Gefahrübergang mangelhaft war, es sei denn, diese Vermutung ist mit der Art der Ware oder des mangelhaften Zustands unvereinbar. ²Beim Kauf eines **lebenden Tieres** gilt diese Vermutung für einen Zeitraum von **sechs Monaten** seit Gefahrübergang.

(2) Ist bei Waren mit digitalen Elementen die dauerhafte Bereitstellung der digitalen Elemente im Kaufvertrag vereinbart und zeigt sich ein von den vertraglichen Anforderungen nach § 434 oder § 475b abweichender Zustand der digitalen Elemente **während der Dauer der Bereitstellung oder innerhalb eines Zeitraums von zwei Jahren seit Gefahrübergang**, so wird vermutet, dass die digitalen Elemente **während der bisherigen Dauer der Bereitstellung** mangelhaft waren.

Verbrauchergarantien (ergänzt § 443 BGB)

§ 479 Sonderbestimmungen für Garantien

(1) Eine Garantieerklärung (§ 443) muss einfach und verständlich abgefasst sein. Sie muss Folgendes enthalten:

1. den Hinweis auf die Inanspruchnahme und darauf, dass die Rechte durch die Garantie nicht eingeschränkt sind,
2. den Namen und die Anschrift des Garantiegebers,
3. das vom Verbraucher einzufolgende Verfahren für die Geltendmachung der Garantie,
4. die Nennung der Ware, auf die die Garantie bezieht, und
5. die Bestimmungen der Garantie, insbesondere die Dauer und den räumlichen Geltungsbereich des Garantieschutzes.

Sachlich neu:
Gesetzlicher Mindestinhalt

(2) Die Garantieerklärung ist dem Verbraucher spätestens zum Zeitpunkt der Lieferung der Ware auf einem dauerhaften Datenträger zur Verfügung zu stellen.

(3) Hat der Hersteller gegenüber dem Verbraucher eine Haltbarkeitsgarantie übernommen, so hat der Verbraucher gegen den Hersteller während des Zeitraums der Garantie mindestens einen Anspruch auf Nacherfüllung gemäß § 439 Absatz 2, 3, 5 und 6 Satz 2 und § 475 Absatz 3 Satz 1 und Absatz 5.

(4) Die Wirksamkeit der Garantieverpflichtung wird nicht dadurch berührt, dass eine der vorstehenden Anforderungen nicht erfüllt wird.

Sonstige aktuelle Änderungen im BGB

Gesetz zur Änderung des BGB und des EGBGB in Umsetzung der **EU-Richtlinie zur besseren Durchsetzung und Modernisierung der Verbraucherschutzvorschriften der Union** (sog. **Omnibus-Richtlinie**) usw. v. 10.8.2021 (BGBl. 2021 I Nr. 53 S. 3483), Geltung ab **28.5.2022**:

- § 312k BGB nF zu Informationspflichten für Betreiber von Online-Marktplätzen neu eingefügt; § 312k BGB aF wird § 312l BGB nF.
- § 356 Abs. 4 und 5 BGB zum **Erlöschen des Widerrufsrechts** neu gefasst; nunmehr Unterscheidung zwischen Verträgen, die den Verbraucher zur Zahlung eines Preises verpflichten und solchen, in deren Rahmen er personenbezogene Daten bereitstellt.
- § 357 Abs. 5 – 9 BGB geändert, insbesondere gilt § 327p nF gemäß § 357 Abs. 8 nF entsprechend für die Rechtsfolgen des Widerrufs von Verträgen über die Bereitstellung digitaler Produkte.
- § 357 Abs. 7 – 9 BGB bzgl. Wertersatz als Rechtsfolge des Widerrufs von außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen und Fernabsatzverträgen in § 357a BGB nF überführt.
- §§ 357a bis 357d BGB aF verschoben in §§ 357b bis 357e BGB nF.
- Änderungen in Art. 246 ff. EGBGB bzgl. Informationspflichten, Bußgeldvorschriften

Sonstige aktuelle Änderungen im BGB

Gesetz für faire Verbraucherverträge v. 10.8.2021 (BGBl. 2021 I Nr. 53 S. 3433)

- Seit **1.10.2021**:
 - § 308 Nr. 9 BGB nF zur Unwirksamkeit von Abtretungsausschlüssen in AGB
- Ab **1.3.2022**:
 - § 309 Nr. 9 BGB geändert: Stillschweigende Verlängerung der Laufzeit von Dauerschuldverhältnissen durch AGB nur noch **auf unbestimmte Zeit**; **Kündigung** nach Ablauf der zunächst vorgesehenen Vertragsdauer **jederzeit mit Monatsfrist** möglich.
- Ab **1.7.2022**:
 - § 312k BGB nF zur Kündigung von Verbraucherverträgen im elektronischen Geschäftsverkehr („**Kündigungsbutton**“) neu eingefügt
 - §§ 312k und 312l BGB aF werden §§ 312l und 312m nF

Schadensersatz für Verbraucher bei UWG-Verstoß

Gesetz zur Stärkung des Verbraucherschutzes im Wettbewerbs- und Gewerberecht v. 10.8.2021 (BGBl. 2021 I 3504), Geltung ab 28.5.2022

§ 9 UWG Schadensersatz

(1) Wer vorsätzlich oder fahrlässig eine nach § 3 oder § 7 unzulässige geschäftliche Handlung vornimmt, ist den Mitbewerbern zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens verpflichtet.

(2) Wer vorsätzlich oder fahrlässig eine nach § 3 unzulässige geschäftliche Handlung vornimmt **und hierdurch Verbraucher zu einer geschäftlichen Entscheidung veranlasst, die sie andernfalls nicht getroffen hätten, ist ihnen zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens verpflichtet.** Dies gilt nicht für unlautere geschäftliche Handlungen nach den § 3a, § 4 und § 6 sowie nach Nummer 32 des UWG Anhangs.

(3) Gegen verantwortliche Personen von periodischen Druckschriften kann der Anspruch auf Schadensersatz nach den Absätzen 1 und 2 nur bei einer vorsätzlichen Zuwiderhandlung geltend gemacht werden.

Aktuelle Informationen

www.stephan-lorenz.de